Nr. 582 ♦ 37. Jahrgang
Ausgabe A Nr. 154

Morgen-Ausgabe

30 Pfennig

Bezugspreis:
Vierteljährl. 30,— Mk., monatl. 10,— Mk. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 10,— Mk., exkl. Zustellungsgebühr. Unser Kreuzband für Deutschland und Oesterreich 16,50 Mk., für das übrige Ausland der täglich einmal. Zustellung 21,50 M. Postbestellungen nehmen an Oesterreich, Ungarn, Tschecho-Slowakei, Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz. — Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste.
Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk u. Zeit" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.
Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die achtgespaltene Nonpareillezeile kostet 8.— M., Teuerungszuschlag 50% für „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 1,— M. (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 60 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 65 Pfg., jedes weitere Wort 40 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Teuerungszuschlag 50%. Familien-Anzeigen für Abonnenten Zeile 1,— M., politische und gewerkschaftliche Vereins-Anzeigen 3,— Mk. die Zeile ohne Aufschlag. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW. 3, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190—15197.

Sonnabend, den 27. November 1920

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753—54.

Verhandlungen mit Irland.

Lloyd George verhandlungsbereit.

Amsterdam, 26. November. (WTB.) Wie aus London gemeldet wird, erklärte Lloyd George im Unterhaus, die Regierung sei bereit, in Irland Verhandlungen über eine Regelung der bestehenden Streitfragen einzuleiten. Solche Verhandlungen müßten jedoch von seiten Irlands durch Sinnfeinmitglieder des Parlaments geführt werden.

Lloyd George verlangt offenbar darum Sinnfein-Abgeordnete als Unterhändler, um die Sicherheit zu haben, daß die Vereinbarungen auch wirklich eingehalten werden. Er dürfte an Deutschland gelernt haben, wo man so oft mit Unabhängigen Frieden schloß und dann die Links- und Linksker-Unabhängigen weiterputschten.

Verhaftung des Irenpräsidenten.

Dublin, 26. November. (Reuter.) Arthur Griffiths, genannt Stellvertretender Präsident der Irischen Republik und Führer der Sinnfeinbewegung, wurde verhaftet. Der Sinnfeinführer Moran wurde bei einem Fluchtversuch erschossen. Die bei der Durchsuchung der Dubliner Liberty Hall verhafteten Arbeiterführer wurden wieder freigelassen.

•

London, 26. November. (TU.) Nach einer Mitteilung des Kriegsministeriums belaufen sich die Gesamtverluste des Heeres in Irland in den letzten Monaten auf 32 Tote und 38 Verwundete. — Und wieviel mal mehr Zivilisten?

Willst du nicht mein Bruder sein ...

Köln, 26. November. (WTB.) Nach einer Meldung der „Köln. Volksztg." aus Aachen müssen die deutschen Staatsangehörigen, die nach dem 1. August 1914 und vor dem 20. September 1920 in Eupen und Malmedy ihren Wohnsitz genommen haben, nach Beschluß des belgischen Oberkommissars, General Baltia, innerhalb eines Monats erklären, ob sie die belgische Staatsangehörigkeit erwerben wollen. Tun sie das nicht, oder wird das Gesuch um Aufnahme abgelehnt, so müssen sie innerhalb eines Monats das Land verlassen.

Fiasko in Kleinasien.

Die Griechen müssen vor dem Ansturm der Kemaltürken immer mehr zurückgehen. In Frankreich mehren sich die Stimmen, die für das ganze Debacle die Auslieferung Smyrnas an die Griechen verantwortlich machen.

Einen Tag, nachdem bekannt geworden ist, daß nun auch Armenien sich vor Trotzki und Kemal durch den verzweifelten Sprung in den Sowjetabgrund zu retten versucht hat, melden „Daily News" auf Genf, der Fochgehilfe General Weygand sei aufgefordert worden, seine Ansicht über die Möglichkeit eines militärischen Eingreifens in Armenien auszusprechen. Ferner habe der Völkerbund ein Telegramm an Wilson gerichtet, um zu erfahren, ob die Vereinigten Staaten geneigt seien, zwischen den Armeniern und den Kemalisten zu vermitteln.

Das letztere dürfte zu spät kommen, und was das militärische Eingreifen angeht, so dürften die Spuren schrecken.

In Athen ist der venizelistische Admiral Wratzanos wegen Beseitigung von Akten verhaftet worden.

Ein Bericht des römischen „Messagero" aus Kairo weiß von einem neuen Aufflammen der ägyptischen nationalistischen Bewegung zu berichten. Die Attentate auf englische Offiziere und Soldaten nehmen wieder auffallend zu.

Die Tschechoslowakei-Krise.

Prag, 26. November. (WTB.) Die „Bohemia" meldet: Für die Aenderung der parlamentarischen Taktik der deutsch-bürgerlichen Parteien ist eine Reihe von Gründen maßgebend, besonders die Erkenntnis, daß die letzten Ereignisse die Staatskrise in ein akutes Stadium gebracht haben, indem man vor der ernsten Gefahr einer Militärdiktatur und einer Gewaltherrschaft der Straße stand, die sich zwar anfänglich gegen die Deutschen richtete, später aber eine unverkennbare Richtung gegen Regierung und Staat einschlug. Auch bei den tschechischen Parteien und an den verantwortlichen Stellen gelangte die Auffassung zum Durchbruch, daß das bisher geübte Verhalten gegen die Deutschen auf die Dauer für den Staat nicht erträglich ist.

Präsident Masaryk hat neuerdings wieder den Legionären scharf ins Gewissen geredet.

In der Stadthalle, Klosterstraße, fand Freitagabend eine Versammlung der Deutschen aus der Tschechoslowakei in Berlin statt, in der Redner aller Parteien die Deutschböhmen ihre Sympathie versicherten.

Freilassung von Adventisten. In Nordamerika sind alle, die während des Krieges verurteilt wurden, weil sie aus gewissen Bedenken keinen Militärdienst leisten wollten, nach zweijähriger Haft entlassen worden.

Völkerbund und Abrüstung.

Genf, 26. November. In der Kommission für die Abrüstungsfrage, Vorsitzender Branting (Schweden), erinnerte Fock (Niederlande) daran, daß die niederländische Regierung sowie das Parlament einer allgemeinen und gleichzeitigen Abrüstung durchaus günstig gegenüberstehen.

Bogulescu (Rumänien) erklärt im Namen seiner Regierung, das Rumänien nicht abrüsten werde, solange seine ehemaligen Feinde nicht dasselbe getan hätten.

Branting (Schweden) hebt die unbedingte Notwendigkeit hervor, binnen kurzem die Wünsche der Bevölkerung aller Staaten nach dauerndem Frieden zu befriedigen. Er erinnert daran, daß die drei skandinavischen Regierungen einig sind hinsichtlich der Dringlichkeit der allgemeinen Abrüstung.

Bourgeois (Frankreich) weist darauf hin, daß die vom Rat eingesetzte Militärkommission bereits eine große Arbeit geleistet habe und daß über die Notwendigkeit der Einschränkung der Rüstungen grundsätzlich Einigkeit herrsche.

Schließlich haben die Kommission zwei Vorschläge an: einen von Lord Cecil betreffend Einsetzung einer Unterkommission und Beschränkung der Beratungen auf folgende drei Punkte: Frage der privaten Herstellung von Waffen, Nützlichkeit der Ernennung einer besonderen Untersuchungskommission und Schaffung einer besonderen Abrüstungskommission beim Generalsekretariat des Völkerbundes; einen zweiten Antrag von Fisher (England), der den Präsidenten Branting beauftragt, die Mitglieder der Untersuchungskommission zu ernennen.

Die Kommission will ihre nächste Sitzung, die unter Ausschluß der Oeffentlichkeit stattfindet, der Blockadefrage widmen.

Der versöhnliche Grey.

London, 26. November. (WTB.) In einer in Liverpool gehaltenen Rede trat der vormalige Minister des Aeußern Lord Grey für die Aufnahme der vormals feindlichen Staaten in den Völkerbund ein. Er sagte, wenn der Völkerbund nicht die Unterstützung aller großen Mächte erhalte, so werde er nur ein Gegenbund sein und das alte System der Allianzen darstellen. Grey erklärte weiter, seiner Ansicht nach sei Deutschland viel ungefährlicher im Bund als außerhalb desselben. Wenn es den großen Grundsatz annehme, Streitfragen mit anderen Mitteln beizulegen, als durch Kriege, und die Verträge durchführe, so müsse die Tür für Deutschland geöffnet werden.

Rathenau und Stinnes.

Wir haben in unserer Freitag-Abendausgabe die Erklärung, die Walter Rathenau dem „Berliner Tageblatt" zugesandt hat, abgedruckt, die sich offenbar auf unsere Notiz in der Donnerstag-Morgenausgabe „Schwere Anklage gegen Stinnes" bezog. Wir haben dies freiwillig und nur aus Gründen der Loyalität getan, denn einmal hat Rathenau dieses Dementi nicht an uns selbst gesandt und außerdem hatten wir uns ausdrücklich auf das im Pariser Blatt „Oeuvre" erschienene Interview berufen.

Nach Rathenau's Angaben müßte also das Interview eine glatte Erfindung sein. Wir nehmen dies zur Kenntnis, müssen aber zur Orientierung unserer Leser bemerken, daß noch niemals eine journalistische Fälschung in einem solchen Maße alle Merkmale der Authentizität getragen hat. Der französische Berichterstatter, Herr Valot, erzählte nämlich, er habe Herrn Rathenau im Präsidialgebäude der A. E. G. am Friedrich-Karl-Ufer in Berlin aufgesucht, er sei von ihm in seinem Arbeitszimmer empfangen worden, und er gab über die Person des Präsidenten der A. E. G. gewisse Einzelheiten wieder, die zu erfinden geradezu ein Kunststück wäre. Was den Inhalt der angeblichen Aeußerungen Rathenaus betrifft, so können wir nur unsere Verwunderung und unser Bedauern darüber aussprechen, daß der schwere Vorwurf, ein Interview aus den Fingern gesogen zu haben, sich ausgerechnet gegen denjenigen französischen Berichterstatter richtet, dessen Aufsätze zu den objektivsten gehören, die die französische Presse über Deutschland seit Kriegsende überhaupt veröffentlicht hat. Indessen dürfte sich Herr Valot zu diesem schweren Vorwurf der Fälschung äußern und bis dahin wollen wir die Angelegenheit ruhen lassen.

Der angebliche Mörder Rosa Luxemburgs, „Oberleutnant Karl Heinz Hoffmann", wurde jetzt auf Grund des Erkennungsverfahrens der Kriminalpolizei als der Konditor Hermann Otte aus Lüneburg festgestellt. Er ist ein steckbrieflich gesuchter Einbrecher und Betrüger, der von mehreren Staatsanwaltschaften gesucht wird. Seine Behauptungen über die Ermordung Rosa Luxemburgs haben sich als gewöhnlicher Schwindel herausgestellt.

Der Abbau der Kriegsgesellschaften. Wie die P. P. K. erfahren, werden die Kriegsgesellschaften weiter beschleunigt abgebaut. Bei den 18 in Abbau befindlichen, der Dienstaufsicht des Reichswirtschaftsministeriums unterstellten Kriegsorganisationen sind allein im Monat Oktober 1920 wieder 580 Angestellte oder fast ein Fünftel der noch im September Beschäftigten entlassen worden.

Kinder in Not!

Von Erwin Barth.

Unter den außerordentlich schlechten Ernährungsverhältnissen in Deutschland leiden die Schwächsten und Hilflosesten unter uns am allerstärksten. In der letzten Zeit ist wiederholt in der deutschen Oeffentlichkeit und auch von seiten ausländischer Beobachter der Gesundheitsverhältnisse der deutschen Kinder auf den erschreckenden Notstand hingewiesen worden, unter dem unser Nachwuchs verkümmert. Wohltätige Menschen und auch die deutschen Behörden haben neben den außerordentlich reichen und dankenswerten Zuwendungen ausländischer Menschenfreunde immer und immer wieder Mittel zur Verfügung gestellt, um das heranwachsende Geschlecht vor Hunger, Krankheit und Tod zu schützen. Das Geleistete ist aber noch viel zu wenig! Das Kinderelend ist viel zu groß, als daß es durch die bisher aufgewandten Mittel in befriedigendem Umfange gelindert werden könnte. Deshalb geht unter der Parole „Kinder in Not" eine umfassende allgemeine Sammlung, die von den verschiedenen Organisationen getragen ist, ins Land.

Der Preußische Wohlfahrtsminister hat zur Unterstützung dieser Volkssammlung eine Schrift an die Oeffentlichkeit gegeben, die durch zahlreiches Material den tatsächlichen erschreckenden Tiefstand der Gesundheitsverhältnisse der deutschen Kinder darlegt.

Für einen durchschnittlich acht Stunden arbeitenden Mann, von einem Mittelgewicht von 70 Kilo, sind täglich Lebensmittel mit einem Mindestgehalt von 3300 Kalorien notwendig. Infolge der Hungerblockade kamen in Deutschland im Sommer 1916 auf den Kopf der Bevölkerung nur 1983 Kalorien, im Winter 1916/17 nur 1344 Kalorien, und im Sommer 1917 nur noch 1100 Kalorien. Die Wirkung war umso verheerender, als die Milch aus der allgemeinen Ernährung ausgeschieden war.

Die Gesamternte menge Deutschlands ist in den Jahren 1913—1919 gesunken: bei Brotgetreide von 13,3 Millionen Tonnen auf 8,6 Millionen Tonnen, bei Kartoffeln von 40,3 auf 21,4 Millionen Tonnen, bei Zuckerrüben von 12,9 auf 5,8 Millionen Tonnen. Der Rindviehbestand ging von 18 Millionen auf 16,5 Millionen Stück, die Zahl der Milchkühe von 9,1 auf 7,6 Millionen, der Schweine von 18,5 auf 11,5 Millionen zurück. Gleichzeitig ging infolge des Futtermittelmangels das Schlachtgewicht der Tiere um 30—50 Proz. und der Jahresmilchertrag einer Kuh von 2700 Liter auf 1200 Liter herunter.

Trotz der Verminderung der Geburtenziffer um 40 Proz. während der Kriegsjahre starben in Preußen im Jahre 1918 67 369 Kinder im Alter von 1—5 Jahren, gegen 52 924 im Jahre 1914. In dem Agrarstaat Mecklenburg ist die Sterblichkeit der Kinder im Alter von 1—5 Jahren von 544 (1914) auf 1040 (1918) gestiegen. Am Alter von 5—15 Jahren starben 1914 in Preußen 25 730, im Jahre 1918 aber 50 391; in Mecklenburg-Schwerin stieg diese Ziffer von 360 im Jahre 1914 auf 1819 im Jahre 1918. Das durchschnittliche Körpergewicht der städtischen Bevölkerung sank von 60 Kilo auf 49 Kilo. Die körperliche Entwicklung der Schulkinder von 1919 sank um 1½—2 Jahre unter der von 1913. Aus dem Kreise Linden (Hannover) wird ein Rückgang der körperlichen Entwicklung der Kinder bei etwa 60 Proz. festgestellt.

„Die englische Krankheit, die zum Tode führt, ist traurig genug, aber noch beunruhigender ist die hohe Zahl der Krüppel, mit denen wir zu rechnen haben," schrieb aus seinen Beobachtungen der Leiter des Säuglings- und Kinderschutzes in Dortmund, Professor Engel. In Dortmund gibt es ungefähr 30 000 zu kleine Kinder, also etwa 10 Proz. der Gesamtbevölkerung. Es zeigen sich alle Grade der Mißbildung bei den Gliedmaßen der Wirbelsäule und der Brust.

Die Tuberkulose nahm in Deutschland während des Krieges eine geradezu tragische Verbreitung an. Im Jahre 1892 starben von 10 000 Einwohnern in Deutschland 26 an Tuberkulose. Dank ihrer energischen Bekämpfung war diese Volksseuche vor dem Kriege soweit zurückgedrängt worden, daß die Zahl der Tuberkulosesterbefälle auf 10 000 Einwohner nur noch 14 betrug. Seitdem hat die Unterernährung die Ausbreitung der Tuberkulose in verheerender Weise begünstigt. Im Jahre 1915 kamen 61 006 Tuberkulosetodesfälle in Preußen vor. Ein Jahr später 66 544, im folgenden Jahre 87 032 und im Jahre 1918 über 97 000. Das sind 23 Todesfälle an Tuberkulose auf 10 000 Lebende.

Erschütternd ist der Eindruck, den die Kleinkindersterblichkeit an Tuberkulose während der Kriegsjahre hervorruft. Hier mögen die nackten Zahlen sprechen.

Es starben an Tuberkulose von 10000 Lebenden derselben Altersklasse in den Jahren 1914 bis 1918:

Altersklasse Jahre	1914		1917		1918	
	Knaben	Mädch.	Knaben	Mädch.	Knaben	Mädch.
1—2	12,69	11,76	19,24	17,72	19,56	18,49
2—3	7,22	7,17	14,78	15,54	13,99	18,41
3—5	4,81	5,29	8,87	9,24	9,85	11,04
5—10	3,97	4,42	5,94	7,70	6,22	8,49

Bei den Jugendlichen im Alter von 15 bis 20 Jahren hat sich die Tuberkulosesterblichkeit fast verdreifacht!

Von allen Todesursachen stand die Tuberkulose in den Jahren 1913 und 1914 an 5. Stelle. 1915 nahm sie schon die 4. Stelle ein. 1916 und 1917 rückte sie in die 2. Stelle, nur noch übertroffen durch die Zahl der Todesfälle an Altersschwäche. Im Jahre 1918 überstiegen die Sterbefälle an Tuberkulose auch die an Altersschwäche um fast 5000, und die Tuberkulose würde als Todesursache der Zahl nach im Jahre 1919 an 1. Stelle stehen, wenn nicht die Grippeepidemie und die mit ihr in engem Zusammenhang stehende Lungenentzündung mehr Opfer gefordert hätten.

Dabei muß man bedenken, daß diese Ziffer nur die einwandfreien amtlich erfaßten Fälle wiedergeben. Die deutsche Reichsregierung bereitet ein Tuberkulosengesetz vor, in dem die Anzeigepflicht der Erkrankung an Tuberkulose gefordert werden soll. Diese Anzeigepflicht wird ergeben, daß die bisher angenommenen durch die tatsächlichen Erkrankungsziffern weit überstiegen werden.

Zur Frage der Forderung der Wiedergutmachungskommission auf die Ablieferung von über 800 000 Milchkühen aus Deutschland wird gesagt: „Ob es 800 000 Milchkühe sind, die Frankreich, Belgien usw. uns abverlangen, oder 400 000, ob die Wegnahme auf einmal geschehen oder zu verlangsamter Qual sich auf mehrere Jahre erstrecken soll, es bleibt sich gleich: wir können bei unserem jetzigen Ernährungs- und Gesundheitszustande nicht eine Milchkuh, nicht einen Liter Milch entbehren."

Wir haben Millionen Liter Auslandmilch einführen oder als hochherzige Spende des Auslandes annehmen müssen, um Hunderttausende durch Abmagerung, Rachitis und Tuberkulose gefährdeter Mütter und Kinder in letzter Stunde zu retten. Sie verschmachten nach der sie stärkenden Milch. Wir können sie ihnen aus eigener Erzeugung heute nur höchsten zu einem Drittel der für sie notwendigen Menge liefern.

Millionen von Kindern besitzen in Deutschland keine Schuhe mehr. In einer Berliner Gemeindeschule hatten von 650 Kindern 305 kein Hemd an oder nur elende Lumpen auf dem Leibe. Mehr als die Hälfte der Kinder sah zu Hause nie einen Tropfen Milch. Von 650 Kindern waren 118 tuberkulös, 48 hatten durch die Abmagerung geistig gelitten, 85 starben im Laufe des Jahres an den Folgen von Entbehrungen.

Die deutschen Entbindungsanstalten, Mütterheime, Säuglingsheime, Säuglingskrankenanstalten und Kinderkrippen sind aufs äußerste gefährdet. Es fehlt an Mitteln. Von den Krippen haben bereits nachweisbar rund 25 Proz. schließen müssen, oder sind zur Schließung gezwungen. Von zwei Dritteln aller deutschen Krippen war eine Antwort nicht zu erreichen, so daß mit Sicherheit angenommen werden muß, daß der Prozentsatz der eingegangenen Kinderkrippen noch viel höher ist. Rund ein Drittel aller deutschen Säuglingsheime und 21,3 Proz. der Mütterheime sind in Gefahr, weil keine Mittel vorhanden sind.

Hier kann nur das Gesamtvolk helfen!

In allen zivilisierten Staaten erhebt sich für die deutschen Kinder der Aufschrei: „Rettet die Kinder!" Er wird, wenn wir ihn einmütig erheben, in unserem Volke und namentlich im Ausland Widerhall finden. Namentlich die Frauen sollen geschlossen auf den Plan treten, denn um sie und um ihr Liebstes handelt es sich! Hier ist der Platz, auf dem weibliches Mitgefühl und weibliche Opferfähigkeit Wunder wirken können. Möge den Prassern, die in den Lasterhöhlen der Großstädte allnächtlich Unsummen verschleudern, das Gewissen schlagen. In ihre Gelage muß der Schrei dringen:

„Kinder in Lebensnot!"

Zeitungsverbote im Rheinland. Die Interalliierte Rheinlandkommission hat die Einfuhr der Zeitung „Mannheimer Tageblatt" vom 1. Dezember ab auf einen Monat, die des Kalenders „Lahrer Hinkender Bote" und der Zeitschrift „Gegenrechnung" auf drei Monate verboten.

Das Wahlergebnis in Sachsen.

Nach der endgültigen amtlichen Feststellung verteilen sich die bei den sächsischen Landtagswahlen abgegebenen Stimmen folgendermaßen:

	Landtagswahl	Reichstagswahl vom 6. Juni	Landtagsmandate
Demokraten	159 699	218 885	8
Sozialdemokraten	**586 811**	**581 788**	**27**
Deutsche Volksp.	885 443	448 272	18
Dnat. Volksp.	483 801	412 810	20
U.S.P. links	60 188	609 484	13
U.S.P. rechts	286 662		3
Kommunisten	117 276	105 222	6
Zentrum	22 781	19 562	1
Wirtschaftl. Vg.	17 716	—	—

Während die Unabhängigen beider Richtungen einen Gesamtverlust von 262 634 Stimmen aufzuweisen haben, hat sich die Sozialdemokratie nicht nur gehalten, sondern noch einen kleinen Zuwachs — von 5023 Stimmen — zu verzeichnen.

Wie Hermes Minister wurde.

Der Staatssekretär im Preußischen Landwirtschaftsministerium, Dr. Ramm, erläßt eine öffentliche Erklärung, der wir entnehmen:

Aus dem Abendblatt Nr. 550 der „Deutschen Tageszeitung" vom 25. November 1920 erfahre ich, daß ich statt Hermes Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft werden sollte, und daß ich den Ministerpräsidenten und Landwirtschaftsminister Braun dazu angestiftet habe, das Preußische Landesökonomiekollegium für eine nicht mehr notwendige Einrichtung zu erklären. Einige Bemerkungen dazu mögen mir gestattet sein:

Wenn ich hätte Minister werden wollen, hätte ich mich wohl politisch betätigen müssen, was nicht der Fall ist. Ich habe mir vorgenommen, mich für den Rest meines Lebens — im April 1921 werde ich 60 Jahre alt — wie bisher meinen rein fachlichen Arbeiten zu widmen.

Auch über mein Verhältnis zu Hermes muß ich einige Worte sagen. In den 1890er Jahren war ich Professor, Hermes Studierender an der Landwirtschaftlichen Akademie Poppelsdorf. Nach Ausbruch des Krieges war Hermes zunächst bei der Pressestelle des Generalstabs in Berlin tätig. Er wurde dann Mitarbeiter in dem von mir begründeten Kriegsausschuß für Ersatzfutter und weiterhin von der Reichsstelle für pflanzliche und tierische Oele und Fette, für den Anbau von Raps und sonstigen Oelfrüchten in der Dobrudscha engagiert. Nach dem Zusammenbruch kam er nach Berlin, ich veranlaßte seine Berufung in die von mir geleitete Sektion Landwirtschaft im Reichswirtschaftsministerium. Als ich dort meinen Posten verließ, erreichte ich unter Ueberwindung beträchtlicher Widerstände, daß er mein Nachfolger wurde. Später hatte er die Absicht, an diesem Ministerium Staatssekretär zu werden. Er bat mich um meine Hilfe, die ich ihm gern gewährte. U. a. habe ich auf seinen Wunsch seine Zeugnisse an den Abgeordneten Herold geschickt und Hermes dabei auf das wärmste empfohlen und als für höhere Stellen geeignet bezeichnet. Längere Zeit erwartete mich damals Hermes an mehreren Tagen der Woche in meinem Dienstzimmer, wenn ich morgens dort eintraf, um über die Angelegenheit mit mir zu verhandeln. Auch den Minister Braun bat ich mit Erfolg, bei seinem Parteigenossen Robert Schmidt, der damals Reichswirtschaftsminister war, für Hermes einzutreten. Die Hermes'sche Kandidatur mißlang. Ich habe nie die Schaffung eines Reichswirtschaftsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft angestrebt. Eine landwirtschaftliche Abteilung im Reichswirtschaftsministerium schien mir und scheint mir auch heute noch das Richtige zu sein. Von dem Plan habe ich erst etwas erfahren, als die Sache so gut wie beschlossen war. Ich erfuhr, daß Hermes die Stellung anstrebte, habe dann, wieder um Hermes zu helfen, und ihn mit dem preußischen Landwirtschaftsminister Braun näher bekannt zu machen, ihn zur Teilnahme an einer Reise nach Amberg zur Besichtigung der dortigen Phosphatlager veranlaßt. Wir wollten diese Unternehmung fördern und trafen mit den bayerischen Ministern für Handel und Landwirtschaft dort zusammen. Es traf sich, daß auf der Reise, deren Rückfahrt sich durch Verkehrsschwierigkeiten verzögerte, der Minister Braun, der damalige Ministerialdirektor Hermes und ich anderthalb Tage allein zusammen waren. Nach Rückkehr von der Reise sagte mir der Minister Braun, Hermes habe ihm sehr gut gefallen, er nehme keinen Anstand, eintretendenfalls bei seiner Partei, auch im Reiche, für ihn einzutreten. Das ist bei Hermes Ministerwerdung auch geschehen. Bei der Angelegenheit wegen der Stickstoff-Ausgleichskasse habe ich ihm durch meine in den Zeitungen veröffentlichte Erklärung beispringen wollen, er lehnte die Hilfe ab. Das ist des Ministers Braun und meine Gegnerschaft gegen den Reichsminister Hermes.

In der Angelegenheit des Landesökonomiekollegiums habe ich nicht nötig gehabt, den Minister Braun von der Entbehrlichkeit dieser Einrichtung zu überzeugen. Ich muß überhaupt feststellen, daß im Preußischen Landwirtschaftsministerium nur das geschieht, was der Chef der Behörde will. So weit sollte man den derzeitigen Landwirtschaftsminister nach seiner mehr als zweijährigen Tätigkeit kennen. Ich stehe aber nicht an zu erklären, daß mir die Ausführungen, die der Minister Braun über die Entbehrlichkeit des Landesökonomiekollegiums im Hauptausschuß der Landesversammlung gemacht hat, durchaus zutreffend erscheinen und daß auch ich die Existenz des Landesökonomiekollegiums neben dem Verband der Landwirtschaftskammern für überflüssig halte, zumal beide Kollegien von denselben Personen gebildet werden.

Metallische Ethik.

Der deutschnationale Abg. van den Kerkhoff teilt bürgerlichen Blättern mit, daß er dem „Vorwärts" eine — uns noch nicht zugegangene — Berichtigung gesandt und Strafantrag gegen ihn gestellt habe. Er erklärt:

Ich war nie Direktor oder Angestellter der Firma W. u. E. Den Inhalt des angezogenen Briefes vom 8. November habe ich, wie überhaupt den Briefwechsel der Firma W. u. E. in M. mit den Deutschen Werken erst heute kennen gelernt. Ich stehe also damit in keinerlei Beziehung. Der Inhalt der beiden angezogenen Briefe findet natürlich keineswegs meine Zustimmung. Auch alles andere, was der „Vorwärts" erwähnt, erfahre ich erst durch diesen Artikel. Die darin genannten Vorgänge sind mir ausnahmslos unbekannt. Zu den genannten Maschinenhändlern wie zu dem angeblichen höheren Offizier stehe ich in keinerlei Verbindung.

Wir sind dem Abg. van den Kerkhoff für die Einleitung dieses Verfahrens dankbar, weil sich ja in ihm herausstellen muß, mit welchem Recht die genannte Firma den Abg. van den Kerkhoff als ihren Direktor bezeichnet und mit seinem Eingreifen gedroht hat.

Biertimpels Ende. Der Student Biertimpel, der als Vorsitzender des Berliner Studentenausschusses durch seine reaktionäre Haltung beim Kapp-Putsch und anderen Gelegenheiten mehrfach von sich reden machte, ist nach einer Mitteilung des 8-Uhr-Abendblattes vom Studentenausschuß bezichtigt, größere Beträge vom Unterstützungsfonds für Studenten unterschlagen zu haben. Im ganzen sollen 48 000 Mark Unterstützungsgelder unterschlagen sein, von denen auf Biertimpels Konto 15 000 Mark kommen sollen, während sich in den Rest ein paar andere deutschnationale Studentenführer teilen. Die Anhänger Biertimpels konnten die gegen ihn erhobenen Vorwürfe nicht entkräften. Aus dem Korps, dem er bisher angehörte, ist Biertimpel wegen seiner Verfehlungen bereits ausgeschlossen worden.

Die ihr in Nebelflut . . .

Von Willi Birnbaum.

Aus drängenden Tiefen wuchs ein Mann zum Himmel an.
Nein Gott; ein Mensch wie wir!

Der reckt sich, trotzig und finster, hoch, hoch: ein Heros und Prophet, in tosendem Strom der Zeit . . ., steht Sternen so nahe, ist Erde doch eigen.

Und seine Stimme den Sturm durchdringt, in die fernsten Hütten erklingt; Donnerwort schallt, in Seelentiefen widerhallt:

Aus Chaos dieser Welt — in jede Brust gezwängt! — haben wir Volk uns zu Sternen gesehnt. In Not mit Volk gelitten, hab' auch ich den dumpfen Druck gespürt. Wir haben verstrickende Engen gedehnt. Der Fesseln ledig, sind wir aus Tiefen der Nacht zu grauem Tag geschritten!

Ja Nebel liegt und lagert dicht und füllt die Erde weit mit neuem Herd; vermummt die Welt und deckt den Himmel. Doch nicht mit Schwertern und Kanonen stiebt Ihr ihnzu Atomen! . . Ihr müßt zu Höhen Euch aufringen . . in hartem Geistesflug; es hilft kein Fluch: Ihr müßt zu Klarheit dringen!!

Die ihr in Nebelflut — kommt, schreitet: — es lockt Sonnenglut, des Lichtes goldne Fülle, klarlichter Tag!

Ihr zögert? . . hemmt Euch? . . rollt spitzige Steine in die Tiefen, daß sie Wunden reißen? . . höhnt? . . tobt über Vordermänner, so Euch Wege bahnen? . . . Nahm Euch der Nebel alle Sicht, daß Ihr Brüder für Gespenster lynchtet?!

O ich Wissender, der alles ich sehe: wie unsagbar traurig macht mich das.

Wißt, begreift . . . Volksgenossen, Schwestern, Brüder: laßt im Schreiten Eure Blicke weiten; helft den Schwachen; sprechet Zuversicht und Mut Zögernden und Müden; bahnt den Pfad durch Schutt-Geröll;

Doch vor allem eins:
Seid Euch einig!!

Das Trianon-Theater hat aus einer wohlverdienten Vergessenheit leider den Schwank „Kammermusik" von Heinrich Ilgenstein wiedererweckt. Es ist ein lustiges Stück nach sehr altem Muster, das mit Prinzen, Herzoginnen und ähnlichem Theatergerümpel aufwartet und darum noch immer Leuten gefällt, die den Glanz verschollener Höfe, den Schimmer vergoldeter Orden und blöde Prinzen nicht vergessen können. „Kammermusik" heißt das Stücklein, weil ein Tenor darin vorkommt, den sich eine mannstolle Herzogin-Witwe kapert. Natürlich darf dieser Held vom hohen C sich keine legitime Gattin halten, und aus diesem etwas komischen Verbot entwickeln sich allerhand Schnurren, die man bei einiger Sorgenlosigkeit und Vergeßlichkeit an die ernsten Gegenwartsnöte beklatschen und belächeln kann. Das besorgten die Freunde des Trianon-Theaters, die wahrscheinlich außerhalb des Jahres 1920 leben, mit großer Inbrunst und Freude. Clewing spielte den Tenor, und er zeigte, daß er reif geworden ist, um seine Hamburger Sängerstellung anzutreten. Gewöhnlich wird auf dem Theater anderes gemacht als Reklame für einen künftigen Tenor. Olga Limburg, Eugen Burg und die anderen Künstler des Trianon-Theaters spielten übrigens vorzüglich und munter. mh

Musik und Volk. Unter dem Titel „Arbeiter-Sinfoniekonzerte" spricht die Wiener „Arbeiter-Zeitung" sich über den Stand und die Prinzipien ihrer Veranstaltungen aus. Sie sind beachtenswert genug. Wir möchten ihnen die weiteste Beachtung verschaffen. Der Artikel sagt:

Nach fünfzehn Jahren ihres Bestandes sind die Arbeiter-Sinfoniekonzerte an einem Punkt ihrer Entwicklung angelangt, der neue Möglichkeiten, neue Ausblicke eröffnet. In nahezu hundert Konzerten haben wir die klassische sinfonische Musik so ziemlich durchschritten, sind trotz aller Wiederholungen doch nahe an die neue und neueste Zeit herangekommen. Nichts bequemer, als die alten, bewährten Geleise nochmals zu durchfahren; indes der Stillstand wäre unvermeidlich. Haben wir aber unsere Aufgabe schon so vollkommen erfüllt, daß wir sie als erledigt, die Institution der Arbeiterkonzerte als überholt, als überflüssig geworden betrachten dürften? Keineswegs. Nicht bloß, weil die Zeiten erst recht fordern, daß die Kunst nicht das Volk als würdigen Genießer verliert — der öffentliche Musikbetrieb ist vollends zu einem unanständigen Luxus, zu einer kunstfremden Ergötzung des kunstfeindlichsten Publikums herabgesunken, aber wahrlich nicht erst durch den Krieg und seine Folgen —, sondern weil es jetzt gilt, die Eroberung der Kunst durch das Volk zu erweitern, zu festigen und zu vertiefen.

Nach einer fünfzehnjährigen Vorbereitung hat das Proletariat die Möglichkeit und das Recht, auch die neuere Kunst zu sich sprechen zu lassen — die Kunst, nicht etwa Verfallserscheinungen, die Künsteleien einer zugrunde gegangenen Schicht, die ihre letzten durchaus bourgeoisen Zuckungen zum Ausdruck eines revolutionären, also dem Proletariat durchaus entsprechenden Kunstwillens hinaufschwindeln möchte. Unser Programm erweitert sich also; das ist auch aus praktischen Gründen notwendig, weil wir auf der anderen Seite manches verlieren. Zum Beispiel die Bruchstücke aus Wagners Werken. Als die Arbeiter-Sinfoniekonzerte begannen, war es erlaubt, ja notwendig, die Hörer auch irgendwie mit Wagner vertraut zu machen. Heute, da wir längst auch in die Opernhäuser eingedrungen sind, wäre es kunstfeindliche Vermessenheit, Akte aus Wagner wieder in den Konzertsaal zu pressen. Man hat es erst dieser Tage gewagt, einem Sensationsbedürfnis zuliebe ein übles Wagner-Konzert zu veranstalten; niemals würden sich die Arbeiter-Sinfoniekonzerte zu solchem Treiben verstehen, das den geschäftstüchtigen Nutznießern des Musikbetriebes überlassen bleiben soll.

Wir haben es mit der Pflege, nicht mit dem Betrieb der Musik zu tun. Darum werden wir auch nicht die Gelegenheit der Hundertfünfzigjahrfeier Beethovens zu einer Ausschrotung Beethovens benützen. Wir glauben dem Genius anders und besser huldigen zu können. Jedes unserer Konzerte soll ein Werk Beethovens enthalten, aber jedes auch ein neues, wenig gekanntes oder bisher unbekanntes Werk eines anderen Künstlers. Und wie es immer unser Stolz gewesen ist, jungen ausübenden Künstlern den Weg zu ebnen, ihnen erst die Möglichkeit des Ruhms zu geben — gar stolze, bei ihrem ersten Auftreten aber noch recht unbekannte Namen sind in unseren Programmen verzeichnet —, so wollen wir es auch weiter halten, jetzt auch bei den Dirigenten. Selbstverständlich bleibe ein Ferdinand Löwe immer mit den Arbeiter-Sinfoniekonzerten verbunden, und der Künstler wird auch dieses Jahr manches unserer Konzerte leiten, und auch andere alte Freunde, wie Franz Schalk, bleiben diesen Konzerten erhalten; doch auch neue Männer werden berufen sein, an der Einheit zwischen Kunst und Volk als Mittler zu arbeiten.

Nordisches Konzert. Mit einem nordischen Konzert führten sich in der Singakademie drei ausgezeichnete Künstler aus Stockholm ein. An erster Stelle ist Kapellmeister Tor Mann zu nennen, der die Leitung des Philharmonischen Orchesters übernommen hatte. Mit warmem Empfinden nahm er sich der Symphonie I von Turn Rangström an. Das Werk ist das stärkste des Abends gewesen, trotzdem nur Unterhaltungsmusik ohne starken inneren Wert. Rangström bewahrt auch in seinen Liedern das nordische Kolorit und bedient sich moderner Ausdrucksmittel. Eine originelle Melodieführung wird durch lebendige Instrumentation und Herbeiführung von Kontrasten wirksam unterstrichen. Einen Vergleich hierzu hielten zwei sehr matte Lieder von Hans Törsloff nicht aus, obwohl Lisa Tirén ihren wundervoll-ausgeglichenen Alt zur Verfügung gestellt hatte. Mit Allerhand, für deutschen Geschmack sprödes Violinkonzert stellte sich Tobias Wilhelmi als Geiger mit hervorragenden Qualitäten vor, indem er großen satten Ton mit solider Technik und Intellekt vereinigt. Man wird die drei Künstler mit einem inhaltreicheren Programm gern wiedersehen. H. E.

Die große Publikation des Lassalle-Nachlasses von Dr Gustav Mayer wird in den Rahmen der von der Bayerischen Akademie der Wissenschaften veranstalteten Herausgabe der „Deutschen Geschichtsquellen des 19. Jahrhunderts" eingefügt werden.

Uraniavorträge. Sonntag und Freitag: „Am Golf von Neapel". Dienstag: „Der Großglockner". Montag, Prof. Gorrie: „Jerusalem". Sonnabend: „Aegypten und der Nil". Mittwoch, Dr. Hoetzsch: „Das neue Südosteuropa und Deutschlands Wirtschaftsinteressen". Donnerstag, Dr. Bith: „Indisch-javanisches Volksleben".

Paul Zech arbeitet seit drei Jahren an einem großen vierteiligen Dramenzyklus „Die Jacobsleiter". Das erste Stück dieses dervischen Quartetts, betitelt: „Das Rad", hat soeben das Albert-Theater in Dresden zur Uraufführung im Januar erworben. Von dem dritten Stück „Verbrüderung" erscheint dieser Tage eine Buchausgabe im Verlag Hoffmann & Campe, Hamburg-Berlin, der auch den Verkehr an die Bühnen besorgt.

Ueber Humor, Witz und Satire veröffentlicht soeben einen interessanten Antiquariatskatalog (Nr. 112) die Buchhandlung von Max Herrwig, Berlin-Nikolassee. Er bietet u. a. die Originalausgabe von Glaubrenners „Berlin wie es ist und — trinkt" in einem vollständigen Exemplare an.

Vor einen neuen Theaterstreik in Wien. Nachdem vor zwei Monaten Lohnforderungen der Theaterangestellten nach einem viertägigen Generalstreik bewilligt sind, ist jetzt die Forderung auf eine neue 30prozentige Erhöhung vom 1. Dezember ab gestellt worden.

Der bulgarische Nationaldichter Iwan Wasow, der mit Gedichten, Dramen und Romanen aus und nach der Zeit der Befreiung von der Türkenherrschaft seinen Ruhm geschaffen hat und dessen bekanntestes Werk die auch ins Deutsche übertragene große Erzählung „Unter dem Joch" ist, feierte vor kurzem in Sofia seinen siebzigsten Geburtstag.

Groß-Berlin

Zum Rücktritt Wermuths.

Der Entschluß des Berliner Oberbürgermeisters, von seinem Amt zurückzutreten, darf nunmehr als endgültig betrachtet werden. Im Laufe des gestrigen Nachmittags suchten einige Vertreter unserer sowie der unabhängigen Partei den Oberbürgermeister auf, um nochmals auf ihn einzuwirken, seine wertvolle Arbeitskraft wenigstens für die schwere Periode des Ueberganges weiterhin zur Verfügung zu stellen. Von dem Sprecher der beiden Fraktionen wurden dem Oberbürgermeister besonders die Gründe für sein Verbleiben im Amte angeführt. Dabei wurde nochmals in dankbarer Weise all dessen gedacht, was er, Wermuth, als Stadtoberhaupt im Interesse der Gesamtheit getan habe. Der Oberbürgermeister dankte zunächst für die Anerkennung seiner Tätigkeit und betonte dann, daß es ihm unmöglich sei, im Amte zu verbleiben. Zunächst zwinge ihn sein Gesundheitszustand zu größter Ruhe und Schonung, andererseits dürfe nicht außer acht bleiben, daß er sich nach der Haltung der Linksunabhängigen in der letzten Stadtverordnetensitzung auf eine geschlossene Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung nicht mehr stützen könne. Er wäre bereit, solange ein Nachfolger für ihn noch nicht gefunden sei, außerdienstlich mit seinem Rat zur Verfügung zu stehen, dabei habe er natürlich den lebhaften Wunsch, daß Berlin so schnell als möglich einen neuen Oberbürgermeister erhalte.

Es wird nunmehr Sache des mit der Wahl eines neuen Stadtoberhauptes betrauten Ausschusses sein, Umschau nach einem würdigen Nachfolger Wermuths zu halten und die Wahl so rasch als möglich zu vollziehen.

Auflösung des Wohnungsverbandes am 10. Januar.

Die Unmöglichkeit, die Verteilung der von Reich und Staat vor kurzem noch überwiesenen Sanierungsmittel in Höhe von 18 Millionen Mark für die Vollendung unfertiger Wohnungsbauten und die Lostösung der Restkreise Teltow und Niederbarnim rechtzeitig bis zum 1. Dezember d. J. zu beendigen, hat die preußische Staatsregierung veranlaßt, die endgültige Auflösung des Wohnungsverbandes Groß-Berlin auf den 10. Januar 1921 festzusetzen. Bis zu diesem Tage bleibt der Wohnungsverband als selbständiger Verband bestehen, der seine bisherigen Geschäfte so weit abwickelt, daß die beiden Restkreise aus ihm ausscheiden können, während der übrige Hauptteil des Verbandes auf die neue Stadtgemeinde Berlin übergeht. Neuunterstützungen wird der Verband indessen nicht mehr vornehmen und ebenso neue Aufgaben nicht mehr in Angriff nehmen; damit geht die Initiative für die weitere Wohnungsneubautätigkeit auf Berlin und die beiden Restkreise über. Alle Angelegenheiten des Wohnungsverordnungswesens, wie Mieterschutz, Höchstmietereglung und dergl. sind bereits in der Uebergabe auf die neue Stadtgemeinde und die Restkreise begriffen.

„Im Sinn und Geist der evangelischen Kirche".

Zu den bevorstehenden Kirchenwahlen werden wir von verschiedenen Seiten darauf aufmerksam gemacht, daß bei der Anmeldung zur Kirchenwählerliste jeder Wähler schriftlich erklären muß: „Ich bin gewillt, mein Wahlrecht im Sinne und Geist der evangelischen Kirche zu ihrem Wohl auszuüben". Eine Leserin aus Lichtenberg fragt uns, wo da das geheime Wahlrecht bleibt und warum die Kirche einen solchen Terror ausüben dürfe. Ein zur Gemeinde Schmargendorf gehörender Parteigenosse wehrte sich gegen die ihm zugemutete Verpflichtung auf den Sinn und Geist der Kirche. Er sowie seine Frau und eine bei der Familie wohnende Verwandte strichen die Worte durch und setzten dafür: „Zum Wohl der Allgemeinheit". Aber der Pfarrer sandte ihnen die drei Anmeldungen zurück mit dem Bemerken, daß sie „eine Aenderung der im § 7 Abs. 1 des kirchlichen Gemeindewahlgesetzes vom 19. Juni 1920 geforderten Schlußerklärung enthalten". Er stellte nochmalige Anmeldung zur Wählerliste anheim und fügte Formulare bei. Der Parteigenosse erklärt uns, daß er den derzeitigen Sinn und Geist der evangelischen Kirche nicht für geeignet hält, von frei denkenden Menschen unterstützt zu werden.

Es ist begreiflich, daß freier denkende Kirchenmitglieder bei solcher Zumutung in einen Gewissenskonflikt kommen. Aber eigentlich braucht man sich nicht so sehr darüber zu wundern, daß die Kirche von jedem Mitglied die Ausübung des Wahlrechts in ihrem Sinn und Geist zu ihrem Wohle erwartet. Bei jedem, der noch Mitglied der Kirche bleibt, wird doch vorausgesetzt, daß er im Prinzip mit Sinn und Geist dieser Kirche einverstanden ist. Gegen die Mahnung, bei Nichtübereinstimmung aus der Kirchengemeinschaft auszuscheiden, hat man oft geltend gemacht, daß dann die freier Denkenden allen Einfluß auf die Kirche verlieren. Der Zwang, sich für den Sinn und Geist der evangelischen Kirche zu erklären, wird vielleicht doch manchem, der den Kirchenaustritt noch ablehnt, ein Licht aufstecken. Das ist wohl auch der Zweck dieses Zwanges, daß die Kirchenmitglieder gedrängt werden sollen, Farbe zu bekennen, damit es zu einer reinlichen Scheidung kommt.

Die blaue Mütze des Mörders.

Die hier abgebildete Mütze ist stummer Tatzeuge der am 12. November verübten Bluttat an den Hauswart Schulz in der Alexandrinenstr. 75 gewesen, der, wie wir berichteten, von Einbrechern überrascht und durch acht Messerstiche schwer verletzt wurde. Sie trug einer der Täter und verlor sie auf der Flucht. Die Mütze wird zurzeit in natürlicher Größe auch durch Säulenplakat veranschaulicht.

Wahrscheinlich haben die beiden Burschen, etwa Ende der Zwanzig, das Haus und die Gegend gekannt. Sie waren 1,72 bzw. 1,75 Meter groß, der eine war bartlos und trug dunklen, wahrscheinlich braunen Jackettanzug, der andere hatte gestutzten Schnurrbart und war mit grauem Jackett aus Militärstoff und feldgrauer Hose bekleidet. Die Täter haben sich offenbar mit Kalk und Blut beschmutzt.

Mitteilungen, deren unbedingt vertrauliche Behandlung ausdrücklich zugesichert wird, werden unter Hinweis auf die ausgesetzte Belohnung von 10000 M. an die Kriminalkommissare Gennat und Trettin, Polizei-Präsidium, Zimmer 104, erbeten.

Was Mörder im Kino lernen.

Der Mörder der Witwe Gillert aus der Stargarder Straße 61, der 17 Jahre alte Fürsorgezögling Willi Wieding, hat jetzt für seinen angeblichen Mittäter, als den er zunächst fälschlich einen Emil Radike bezeichnet hatte, den Namen Emil Boehnke angegeben. Wie er sagt, lernte er diesen Boehnke, auf dessen Ermittlung eine Belohnung von 2000 M. ausgeschrieben ist am Stettiner Bahnhof kennen. Wieding entlief seiner Mutter und nächtigte auf einem Boden am Stettiner Bahnhof. Am nächsten Tage besuchte er in der Münzstraße ein Kino. Hier wurde „Der Würger" vorgeführt. Wieding sah, wie auf der Leinwand eine Frau von einem Verbrecher in wenigen Sekunden zu Tode gewürgt wurde. Gleich kam er auf den Gedanken, es ebenso zu machen, um sich Geld zu verschaffen. Erst wollte er eine alleinfahrende Frau im Vorortzug nach Oranienburg überfallen, kam aber nicht dazu und traf dann in einer Kaschemme den ihm bis dahin unbekannten Emil Boehnke, der, wie er sagt, sein Vertrauen erweckte. Boehnke ging auf den Plan, eine alte Frau umzubringen und zu berauben, sofort ein. Versuche in der Zehdenicker Straße, in der Ramler- und in der Zionskirchstraße scheiterten zunächst an verschiedenen Umständen. Auch bei Frau Gillert wurden sie zunächst Sonntags durch Besuch gestört. Die Gelegenheit erschien aber hier so verlockend, daß sie gleich beschlossen, schon am Montag früh den Versuch zu wiederholen. Diesmal gelang dann der verbrecherische Plan.

Die Obduktion der Leiche der Witwe Gillert, die von dem 17jährigen Fürsorgezögling Willy Wieding ermordet worden ist, ergab, daß der ganze Kopf schwere Verletzungen durch einen Hammer, einen Stein, ein Messer und eine Schere aufwies. Ein Stich in die rechte Halsseite ist bis in das Halsmark durchgedrungen. Die Schlagader an der rechten Seite ist glatt durchschnitten. Der rohe Bursche hat sich mit einer solchen Gewalt auf die am Boden liegende Frau gestürzt, daß ihr mehrere Rippenknochen gebrochen sind. Der Tod ist durch Verblutung eingetreten.

„Laßt die Toten ruhen".

Der Berliner Gemeindefriedhof an der Seestraße soll in einen Urnenhain umgewandelt werden. Für die gärtnerischen Aenderungen sind zunächst die Armenabteilung und die Abteilungen 6, 7, 8, 9 für Erwachsene und 4 für Kinder in Aussicht genommen. Das Kuratorium für Bestattungswesen erklärt, daß Anträge auf Belassung der Hügel oder Neuerwerb der Stellen in diesen Abteilungen nicht genehmigt werden können. Durch Bekanntmachung vom 11. November hat es aufgefordert, Ansprüche auf die betreffenden Gräber und Denkmäler binnen 14 Tagen bei dem Friedhofinspektor zu melden und als berechtigt nachzuweisen. Die Denkmäler müßen dann den Eigentümern sofort ausgeliefert werden. Nach Ablauf der zwei Wochen werden die Hügel eingeebnet und die nicht abgeforderten Denkmäler vernichtet. Bei Leuten, die bei dem Wort Friedhof an so etwas wie „ewige Ruhe" denken, wird diese Bekanntmachung eigenartige Empfindungen wecken. Aber es ist ja auch üblich, nach Ablauf der Verwesungsfrist die Hügel einzuebnen und die Stellen neu zu belegen, wie wenn da nicht vor zwanzig oder dreißig Jahren schon ein müdes Menschenkind zur „ewigen Ruhe" gebettet worden wäre. Schließlich werden sogar ganze Friedhöfe ihrem ursprünglichen Zweck entzogen und eingeebnet — wenigstens bei den Christen, während die Juden pietätvoll auch ihre ältesten und längst geschlossenen Friedhöfe möglichst vor Vernichtung zu schützen bemüht sind. Bei dem Friedhof an der Seestraße scheint man allerdings vergessen zu haben, in allen Fällen die übliche Verwesungsfrist von mindestens zwanzig Jahren zu wahren. Uns wird mitgeteilt, daß von der Einebnung auch Gräber betroffen werden, die erst vor wenigen Jahren angelegt wurden. Ein Witwer klagt uns, daß auch das Grab seiner dort erst 1913 beerdigten Frau eingeebnet werden soll.

Wir können das nicht für glaubhaft halten. Es kann doch nicht schwer sein, bei der gärtnerischen Umgestaltung die jüngeren Gräber noch zu schonen. Vom Bestattungskuratorium erwarten wir, daß es die gebotene Rücksicht übt.

In der Notwehr niedergeschossen.

In dem Schanklokal von Knechtel, Adalbertstraße Nr. 109, erschien gestern nachmittag der Hundehändler Busse aus der Waldemarstraße 58, ein in der Gegend als Streitsucher und Raufbold bekannter Mensch, dem bei seinen Straftaten der § 51 zur Seite steht. Da er wieder angetrunken war und lärmte, wollte ihm der Wirt keinen Alkohol mehr einschenken. Busse machte einen wüsten Auftritt und schlug eine Scheibe ein. Hinzukommende Polizeibeamte brachten Busse nach der Wache Kottbuser Tor. Nach Aufnahme des Tatbestandes wurde er wieder entlassen. Nun begab er sich geradewegs zu dem Schankwirt Knechtel und schlug auf ihn ein. In der Notwehr griff dieser zur Schußwaffe und feuerte zweimal auf den Angreifer. Dieser brach durch zwei Schüsse in die Brust getroffen zusammen. Der Vorgang hatte eine große Menschenansammlung zur Folge, die, da sie den Hergang nicht kannte, über den Wirt herfallen und sein Lokal stürmen wollte. Polizei verhinderte dies jedoch und nahm, um Weiterungen zu vermeiden, den Schankwirt in Schutzhaft. Der schwerverletzte Busse wurde nach dem Urbankrankenhause gebracht.

Für Oberschlesien!

Die angekündigten Berliner Grenzspendentage (abgekürzt: Begreta), die zur Aufbringung der Mittel für den Kampf um Oberschlesiens Verbleiben beim Deutschen Reich beitragen sollen, finden am 4., 5. und 6. Dezember statt. Die Organisation ist angesich offen an die Bezirksgruppe Groß-Berlin des Verbandes heimatreuer Oberschlesier, der die über alle Teile Deutschlands verstreuten Oberschlesier zu erfassen und auf ihre Pflicht zur Teilnahme an der Volksabstimmung in Oberschlesien hinzuweisen bemüht ist. Zu dem Notbehelf der Grenzspendentage muß gegriffen werden, weil die Vorschriften der Entente eine Kostendeckung durch Reich, Staat und Gemeinden unmöglich machen. In Berlin und Vororten werden an den obengenannten Tagen in den Straßen freiwillige Spenden eingesammelt, wie wir es von früheren Blumentagen her kennen. Wir hören, daß dabei auf Verwendung von Kindern noch schulpflichtigen Alters verzichtet werden soll. Zur Unterstützung der Spendensammlung wird am 5. Dezember eine Kapelle öffentlich konzertieren. Am 4. Dezember veranstaltet die Genossenschaft deutscher Bühnenangehöriger im

---

Das Licht der Heimat.

72] Von August Hinrichs.

Er lachte auf. „Was ich nicht konnte —" aber sie unterbrach ihn: „Das kann diesmal ein anderer, kann mein Sohn."

Spöttisch fragte er: „Warum kommt er nicht selbst?"

„Ihm hättest du es abgeschlagen, das weiß ich, wie du es auch seinem Freunde abschlugst. Mir aber, Ubbe, mir wirst du es nicht abschlagen."

„Schlägst du mir nicht auch alles ab?"

„Hast du mich je um etwas gebeten? Gefordert hast du — und dagegen wehrt man sich."

Er lachte hart auf: „So wehre ich mich auch und behalte, was mein ist."

Wieder kam eine Stille, und ein paar Herzen, die sich öffnen wollten, schlossen sich noch herber und trotziger als zuvor.

Meta wollte vor ihn hintreten, ihm ihren Trotz ins Gesicht schreien, ihren beleidigten Frauenstolz — da besann sie sich. Nicht als Weib stand sie hier, nicht ihre eigene Sache sollte sie verfechten — die Mutter stand hier für ihren Sohn. Mit Gewalt zwang sie die Worte, die nicht über ihre Lippen wollten.

„Ubbe — ich —", da brach sie ab. Und dann zwang sie sich von neuem.

„Ubbe, ich — bitte dich." Da war es heraus, kurz und herb.

Den Voßbauern riß es am Herzen, er hörte, wie übermenschlich diese Frau ihren Stolz selber zerbrach — diese Frau, die so stolz war, daß sie seine Liebe verschmähte.

Unbeweglich stand er.

Da klang es noch einmal durchs Zimmer, voll und laut, und zitterte drohend von mühsam niedergehaltenem Zorn und Trotz: „Ubbe — hörst du — ich bitte dich." Aber ihr Trotz prallte auf seinen und ließ ihn sich wehren, und das leise Drohen ihrer Stimme forderte einen Widerstand in seiner Brust. Er schwieg. Doch in seinem Gesicht zuckte es, und seine Lippen preßten sich noch fester zusammen, die kleinen Muskeln um seinen Mund sprangen.

Meta aber, bebend vor Erregung, sah, wie seine Züge sich verhärteten. Eine dunkle Welle — Scham, Stolz, Trotz — schlug über ihr zusammen und raubte ihr die Besinnung. Sie wußte nicht, was sie tat, ihr war, als müßte sie die Fäuste ballen, sich wehren, nein, sich über diesen Mann stürzen, der so eisern in ihrem Leben stand — so eisern, daß ihr Wille zerschellen mußte an dem seinen.

Aber indem ihre Augen sich noch festsogen an seinem ehernen Gesicht, jeden kleinsten Zug gleichsam vergrößernd in sich aufnahmen, erschrak sie jäh. Da sah sie das Verwandte in ihm mit sich selbst. Und daß dort etwas schlummerte, was sie nicht nennen konnte, aber in tiefster Seele verstand — dieser Mann war bittereinsam, gerade wie sie. Eine Binde fiel von ihren Augen, und sie wußte, daß er litt — tief und einsam litt. Da wuchs sie empor und stand hoch über ihrem Zorn, daß sie Trotz und Stolz in ihm begreifen konnte und das Harte und Kantige in seinem Leben. Daß sie begriff, wie sie beide aneinander leiden mußten, weil sie nicht gegen ihre Natur handeln konnten.

Sie fuhr über die Stirn, als müßte sie einen Nebel verscheuchen, und atmete befreit auf. Und sah ihn an, gütig und milde, und überreich in ihrer Liebe.

Dann kam es noch einmal über ihre Lippen, leise und innig: „Ubbe — ich bitte dich."

Da hörte der Voßbauer die ganze unendliche Liebe eines Frauenherzens, die fast ein Menschenalter unterdrückt worden war, rein und unverstellt zu sich sprechen. Die harten Muskeln an seinem Kinn entspannten sich. Ein Staunen kam über ihn, er wandte lauschend den Kopf, welch ein Klang war das? Wie weich und lind — er hörte es, er empfand es mit allen Sinnen, er las es aus einem demütig sich bittenden Gesicht — da verstand er jäh den ganzen Sinn, die tiefe Bedeutung dieses Wortes — ihre unendliche Liebe — die ihm hier als Geschenk freiwillig entgegengetragen wurde. Das erschütterte ihn so, daß er nicht sprechen konnte. Ein rauhes Schluchzen kam aus seinem Munde.

„Meta — Meta," stammelte er fassungslos und streckte die Arme aus.

Da ließ sie es geschehen, daß er sie an sich zog, daß er ihren Kopf zwischen seine zitternden Hände nahm und ihre Wange an seine legte. Sie strich ihm leise über sein dichtes Haar, das an den Schläfen schon weiß wurde — weich und zärtlich, und duldete es, als er sie plötzlich mit beiden Armen umschlang und an seine Brust preßte.

„Wir dummen, dummen Menschen," sagte sie lächelnd.

Da schrie er auf: „Warum nicht damals, als wir jung waren — Meta, warum erst jetzt?"

„Wir konnten beide nicht anders, Ubbe —".

Er drückte sein Gesicht an ihre Schultern und stöhnte noch einmal: „Warum nicht früher?"

„Wir haben beide erst lernen müssen, ein ganzes Leben lang, um uns zu verstehen — ist's nicht genug, daß wir am Abend zusammenfinden? Daran wollen wir uns genügen lassen."

Da sprang er hoch und reckte die Arme: „Sind wir denn nicht noch jung genug, glücklich zu werden? Kaum fünfzig — wir nehmens noch einmal wieder auf, das Leben — willst du, Meta?"

Groß und kraftvoll stand er vor ihr, und seine Augen leuchteten. Aber sie schüttelte den Kopf.

„So nicht, Ubbe. Wohl jung genug, um glücklich zu sein — aber laß uns frei bleiben — das ist besser für uns beide."

Er wollte auffahren, da klang Tedas Stimme über die Diele, die zum Essen rief. „Geh jetzt, Ubbe, über das andere reden wir dann später."

Er öffnete die Tür: „Leg ein Gedeck mehr auf, Teda, wir haben einen Gast!" Und als Teda eintrat, machte er die Frauen miteinander bekannt.

„Wir waren einmal Nachbarn," sagte Meta zu dem Mädchen, „aber das ist lange her."

„Und doch weiß ichs noch," sagte Teda und sah der fremden Frau in die Augen. „Es war in dem kleinen Haus auf der Heide."

„Das hast du behalten?" fragte der Voßbauer verwundert.

„Ich hab dort einmal gespielt, Vater."

„Na ja," meinte er, „das muß aber lange her sein."

„Ja, Vater, sehr lange. Es ist auch meine einzige Erinnerung," sagte sie herb.

Als sie dann in der niedrigen, dunkelgetäfelten Stube beim Essen saßen, sagte der Voßbauer plötzlich zu seiner Tochter: „Ich hab über dein Erbteil verfügt und heute doch das Moor verkauft, trotzdem ich neulich den Kerl darum hinausgeworfen habe. Es wird dir vielleicht nicht recht sein?"

„An wen?" fragte Teda ruhig, ohne aufzusehen.

„Hier an unsere alte Freundin, oder vielmehr an ihren Sohn, aber den hast du wohl kaum kennen gelernt?"

Da hob das junge Mädchen den Kopf und sah einen Augenblick mit großen Augen in die Ferne. „Ich kenne ihn wohl — Er wird also doch noch das Moor erlösen!" sagte sie leise, wie zu sich selbst. Dann besann sie sich, beugte sich über ihren Teller und aß weiter. (Forts. folgt.)

Großen Schauspielhaus ein Fest, dessen Ertrag der Grenzspende zugute kommt. Der Bühnenverein hat zugesagt, an den drei Spendentagen in den Theatern einen Aufschlag von mindestens 50 Pf pro Billett zu erheben, und auch vom Verband der Lichtspieltheater ist ein kleiner Aufschlag in Aussicht gestellt. Der Gedanke, in Läden und Warenhäusern durch Klebemarken eine kleine Beisteuer zu erheben, wird erwogen. Einige Geschäfte wollen überdies aus eigenen Mitteln einen Teil ihrer Tageseinnahmen hergeben. Auch die Industriellen werden durch einen von angesehenen Firmen unterzeichneten Aufruf gebeten, erhebliche Beiträge zu leisten.

Das Fest der goldenen Hochzeit feiert am heutigen Sonnabend mit seiner Gattin der in der Cuvrystr. 24 wohnhafte langjährige Parteigenosse Julius Gürtler. Leider hat unser Parteifreund seit 15 Jahren mit Krankheit und deswegen mit Beschäftigungslosigkeit und Sorgen zu rechnen gehabt; jetzt ist er Invalide. Dagegen erfreut sich seine im gleichen Alter von 72 Jahren befindliche Lebensgefährtin noch der besten Gesundheit.

Eine von über 500 Frauen und Männern besuchte öffentliche Versammlung in Schöneberg hörte ein Referat der Reichstagsabgeordneten Genossin Juchacz über die Frau und der Sozialismus. Nach dem mit großem Beifall aufgenommenen Referat suchte eine Rednerin der Linksunabhängigen eine Lanze für die Diktatur zu brechen. Sie wurde sowohl in der weiteren Diskussion als auch im Schlußwort der Referentin abgeführt.

Oberschlesierkonzert. Am kommenden Sonntag 11½ Uhr vormittags wird der Meisterische Chor, 200 Sänger, aus Kattowitz im Marmorsaal des Zoologischen Gartens ein Konzert veranstalten. Im Verlaufe der Veranstaltung wird der Reichskanzler eine Ansprache halten. Das Konzert wird von Professor Lubrich geleitet.

Die Eltern der Gemeindeschulen Charlottenburgs werden nochmals auf die große öffentliche Kundgebung hingewiesen, die morgen Sonntag, den 28. November, vormittags 10 Uhr, in der Aula der Leibniz-Oberrealschule, Schillerstr. 125—127 (am Knie) zugunsten der weltlichen Schule stattfindet. Einberuferin dieser Kundgebung ist die Arbeitsgemeinschaft der SPD.-Elternbeiräte und Eltern Charlottenburgs. Als Referent ist der allseitig geschätzte Schulreformer Oberlehrer Genosse Dr. Siegfried Kawerau gewonnen worden. **Eltern und Elternbeiräte, erscheint in Massen!**

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, 27. November.

4. Abt. Abends von 6—9 Uhr bei Rickert, Steinmetzstr. 37: Abrechnung der Bezirksführer.

10. Abt. 7 Uhr Sitzung sämtlicher Funktionäre und gewählten Delegierten im Reichenhof der Schule Forster Ecke Reichenberger Straße.

Jungsozialistische Vereinigung. Gruppenkonferenz 7 Uhr im Saal der juristischen Sprechstunde, Lindenstr. 3. Alle Ortsgruppenleitungen müssen vollzählig vertreten sein. Interessierte Mitglieder sind ebenfalls willkommen. Arbeitsausschuß 6 Uhr, ebendaselbst Sitzung.

83. Abt. Lichterfelde. ½8 Uhr bei Quandt engere (nicht erweiterte) Vorstandssitzung.

17. Kreis. Kaulsdorf-Süd. 7½ Uhr Restaurant Sanssouci, Moltkestr. 1. „Die politische Lage". Referent: Gen. Häußler.

Morgen, 28. November:

19. Abt. Vormittags 9 Uhr bei Schonack, Samariterstr. 8, Ecke Niager Straße, Sitzung sämtlicher Parteifunktionäre, Abteilungs-Bezirksführer, Betriebs-Vertrauensleute, Betriebsräte, Elternbeiräte und Kreisvertreter. Bericht von der „Vorwärts"-Agitation. Die Landtagswahlen.

19. Kreis. Pankow. Versammlung der Eisenbahnbeamten vorm. 9½ Uhr bei Lindner, Breite Str. 34. Thema: „Sozialdemokratie und Beamtenschaft". Referent: Gen. Riesenhal.

20. Abt. Vormittags 10 Uhr Ausgabe der Eintrittskarten zur Märchenvorstellung im Restaurant Helwich, Petersburger Str. 26.

131. Abt. (Niederschönhausen.) Sonntag vormittag ½9 Uhr treffen sich die Genossen bei Schliebener, Z.-Z. Treskowstr. 14, zur „Vorwärts"-Agitation. Pünktliches und zahlreiches Erscheinen ist Pflicht.

•

Charlottenburg-Spandau. Jeden Sonnabend 3—6 Uhr juristische Sprechstunde Sekretariat, Rosinenstr. 4.

15. Abt. Die Mitgliederversammlung findet **nicht am 1. Dez.**, sondern erst am 8. Dez. statt.

Cöpenick. 108. Abt. Mitgliederversammlung am Montag, den 29. November, abends 7½ Uhr, im „Bayernhof". Tagesordnung: 1. Vortrag des Gen. Heller, M. d. L., über: Die bevorstehenden Landtagswahlen in Preußen. 2. Diskussion. 3. Wahl der Delegierten zum Bezirkstag und zur Kreisvertreterversammlung. 4. Verschiedenes.

Aus aller Welt.

Ein schweres Kapitalverbrechen.

Dortmund, 26. November. (Eig. Drahtbericht des „Vorwärts".) Vor einigen Tagen traf der Goldarbeiter Shase mit Familie, aus Amerika zurückkehrend, auf dem Dortmunder Bahnhof ein. In seiner Begleitung befanden sich zwei Amerikaner namens Hendrichs und Koeper, mit denen er sich auf die Wohnungssuche begab. Seine Familie ließ er im Wartesaal zurück. **Shase ist bisher nicht zurückgekehrt.** Da er eine Million Mark deutsches Geld in einem Handkoffer bei sich trug, liegt der Verdacht nahe, daß der Vermißte Opfer eines Verbrechens geworden ist. Seine Begleiter hatte er erst kurz vor der Abreise aus Amerika kennen gelernt.

Das Schloß Burg bei Wermelskirchen an der Wupper steht in Flammen. Das erste Stockwerk, in dem das bergische Landesmuseum mit seinen Altertumsschätzen untergebracht ist, ist durch die Flammen vernichtet. Die Löscharbeiten leiden unter empfindlichem Wassermangel. Nach den letzten Meldungen scheint es, daß die Haupträume gerettet werden können. Das Schloß wurde im vorigen Jahre als britische Kaserne und Offizierskaserne benutzt, wobei dem Museum schwere Schäden erwachsen sind. Die „Köln. Ztg." meldet, daß das Feuer zugleich an mehreren Stellen ausbrach, so daß Brandstiftung vermutet wird. Der Schaden wird auf 40 bis 50 Millionen Mark geschätzt. Es ist auch die Kemnate zerstört worden, in der sich die herrlichen Bilder des Düsseldorfer Malers Peter Hansen befanden. Erhalten blieb der Rittersaal und die Schloßkapelle mit ihren prächtigen Malereien Düsseldorfer Künstler, doch haben einzelne Bilder durch teilweisen Einsturz der Decke gelitten. Der Wiederaufbau der im Dreißigjährigen Kriege zerstörten Schloßburg begann im Jahre 1890. Durch den jetzigen Brand ist der Palas in einen Trümmerhaufen verwandelt worden.

Millionenwerte an Getreide verbrannt. In Viesellbach bei Erfurt wurden bei einem Mühlenbrand viele tausend Zentner Getreide vernichtet. Es liegt Brandstiftung vor. Der Schaden beläuft sich auf mehrere Millionen Mark.

Im Schlafraum erstickt. In Warniteim bei Korschen, Ostpr., wurden vier Maurer in ihrem Schlafraum, dessen Ofen sie tüchtig geheizt hatten, morgens erstickt aufgefunden. Ein fünfter Maurer wurde in hoffnungslosem Zustand ins Krankenhaus gebracht.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Volksfürsorge. Dienstag, den 30. November, im Gewerkschaftshaus, Saal 3: Sitzung sämtlicher Obleute und deren Vertreter. Referent: Genosse Wilhelm Radloff, Hamburg. Beginn 7 Uhr. — **Das Kartell für Sport und Körperpflege in Wilmersdorf-Schmargendorf** (Arbeiter-Sport-Kartell) besucht am Sonntag, den 28. d. Mts., von 9—½11 das Museum für Völkerkunde, Königgrätzer Str. 120, unter sachkundiger Führung der Professoren Krämer, Goetze und Krickeberg. Nichtmitglieder zahlen 1 M., Kinder 50 Pf. Abfahrt vom Bahnhof Schmargendorf 8½ Uhr. — **Arbeiter-Schachspieler.** Sonntag, vormittags 10 Uhr: Konstituierende Gruppenversammlung der 2. Gruppe bei Löschmann, Müllerstr. 70. Umfaßt die Abteilungen Norden 1, Norden 5, Tegel.

Schlußberatung der Preußenverfassung

Die Landesversammlung begann am Freitag die

dritte Lesung der preußischen Verfassung.

Abg. Hauschild (Soz.):

Der Abg. Stöcker hat sich im April darüber mokiert, daß ich ein unumwundenes, warmes Bekenntnis zur Demokratie abgelegt hatte, während er die proletarische Rätediktatur verherrlichte. Nun, lieber in den freien demokratischen Spuren der 48er Engels, Liebknecht und Lassalle, als in

den Ketten von Moskau!

Das politische Rätesystem lehnt meine Fraktion ab. Wenn nicht noch im letzten Augenblick durch die deutschnationalen Anträge Verschlechterungen in das Verfassungswerk hineinkommen, so können wir ihm unsere Zustimmung geben.

Einer der deutschnationalen Anträge besagt, daß der selbständige Mittelstand in Gesetzgebung und Verwaltung gegen Ueberlastung und Aufsaugung zu schützen ist. Dergleichen gehört doch in die Verfassung nicht hinein, man müßte ja sonst jedem Stande einen besonderen Schutz zubilligen. Denn was dem einen recht ist, ist dem andern billig. (Sehr richtig! bei den Soz.) Die Anträge der Koalitionsparteien wollen nur stilistische Unschönheiten verbessern. Abg. Dr. Cohn glaubte, uns schlechte Arbeit vorwerfen zu müssen; wir hätten der zentralistisch-sozialistischen Republik vorarbeiten müssen. Wie schon Heilmann ausgeführt hat, ist die Entwicklung dafür noch nicht reif, und wir wollen

keine Politik im luftleeren Raum

machen. Hätten wir nach dem Vorschlage der Unabhängigen uns aufgelöst und die Verabschiedung der Verfassung dem kommenden Parlament überlassen, so wäre die Verfassung vielleicht mehr im Geiste des Herrn v. Kries als des Dr. Cohn ausgefallen. Gegen die Errichtung eines Staatsrates sind wir grundsätzlich, haben aber, weil der Staatsrat unvermeidlich war, ihm wenigstens die schlimmsten Giftzähne ausgebrochen. Dem Zweikammersystem stehen wir durchaus ablehnend gegenüber. Dem Antrage Porsch-Dominicus, daß neben das Recht der

Selbstauflösung des Landtages

das Auflösungsrecht durch ein sogenanntes Dreimännerkollegium gestellt werde, können wir nicht zustimmen. Die Befürchtung, das Selbstauflösungsrecht des Parlaments könnte zu einem unerträglichen Parlamentsabsolutismus führen, teilen wir nicht. Darüber hinaus ist ja auch das Recht der

Auflösung durch das Volk

gegeben, und wenn eine Partei uns Mandatsklebereien vorwirft, kann sie ja das Volk zur Entscheidung aufrufen. Die Autonomie der Provinzen wird von manchen Zentrumskreisen nur als Vorstufe der Schaffung neuer Gliedstaaten betrachtet und die Auflösung Preußens in einer Reihe kleinerer Staaten angestrebt. Wir gehen diesen Weg nicht mit. Ebensowenig wollen wir aber im Sinne der Rechten diese Verewigung Großpreußens anstreben. Wir halten es für gefährlich und gewagt, den altpreußisch-partikularistischen Geist zu pflegen. Wir wünschen eine immer weitere Ausdehnung der Kompetenzen des Reiches in Gesetzgebung und Verwaltung, damit die Länder allmählich im deutschen **Einheitsstaat** aufgehen. Die Aufenthaltsklausel, die nach deutschnationalen Anträgen für Provinz-, Kreistags- und Gemeindewahlen festgelegt werden soll, ist nur eine Ausnahmebestimmung gegen weite Kreise der Arbeiterschaft. (Sehr wahr! links.) Dergleichen lehnen wir ab. In unserer Auffassung von der Autonomie der Provinzen lassen wir uns auch nicht durch die Denkschrift der Oberpräsidenten und Landesdirektoren beirren.

Die jetzt zu verabschiedende Verfassung ist in ihrem Kern durchaus demokratisch. Sie wäre noch demokratischer ausgefallen, wenn die

äußerste Linke mehr positive Mitarbeit

geleistet hätte. Die Verfassung legt die Entscheidung über die Geschicke des Volkes in die Hand der aus den freiesten Wahlen hervorgegangenen Volksvertretung; sie kennt als obersten Richter nur das Volk selbst und es wird in ihrem Rahmen ersprießlich zu arbeiten sein. Wie lange — das allerdings hängt von der Entwicklung ab, welche zum deutschen Einheitsstaat drängt, in welchem nach unserer Ueberzeugung nur eine Parole gelten darf, nämlich die: größtmögliche Wohlfahrt aller Deutschen! (Lebhafter Beifall bei den Soz.)

Präsident **Leinert** teilt mit, daß die Beschlußfassung über den sozialdemokratischen Antrag wegen des Vermögens der Hohenzollern erst später stattfinden soll und jetzt hier nicht mit erledigt werden soll.

Abg. Dr. **v. Kries** (Dnatl.): Wir begrüßen die Ausgestaltung des unglücklichen Finanzrates zum Staatsrat und die Bestimmungen über den Kirchenaustritt, ferner die Festlegung der Landesfarben. Wir vermissen schwer, daß die Erhaltung des preußischen Staatsgebietes gegen Absplitterungsbewegungen nicht geschützt ist. Wir bekämpfen die Provinzialautonomie, denn die Auflösung von Preußen wird auf die Auflösung vom Reiche hinauslaufen. (Sehr richtig! rechts.) Preußen ist

durch die Hohenzollern

zu ungeahnter Entwicklungshöhe gebracht worden. (Widerspruch links. — Demonstrative Zustimmung rechts.) Auch heute noch bedarf es in Deutschland einer höheren Macht, die uns davor bewahrt, in die alte Kleinstaaterei zurückzufallen. Es ist unser fester Glaube, daß uns aus der jetzigen Not nur die **monarchische Staatsform erretten** wird. (Lebhafter Beifall rechts. — Stürmischer Widerspruch links.)

Abg. **Meyer-Frankfurt** (Dem.): Es wäre wünschenswert, wenn auch die Opposition nach Möglichkeit für die Verfassungsvorlage stimmt, denn es ist sehr wichtig, daß die Fundamentierung des preußischen Staates so breit wie möglich ist. Die Auffassung der Rechten, daß wir Preußen zerschlagen wollen, weise ich zurück. Unser

Endziel ist der deutsche Einheitsstaat.

Von dem abfälligen Ausspruch des Reichstagspräsidenten Loebe über das zusammengestoppelte Preußen ist Kollege Heilmann erfreulicherweise abgerückt. Der Zerstückelung Preußens können wir durch ein inneres Band entgegenwirken, indem wir die nun einmal vorhandenen Selbständigkeitsbestrebungen in geordnete Bahnen lenken. Die Provinzen müssen soviel Selbständigkeit wie möglich bekommen. Mit der Einrichtung eines Staatspräsidenten können wir uns nicht einverstanden erklären. (Beifall.)

Abg. **Oppenhof** (Z.): Wir Rheinländer haben stets betont, daß wir legal zum Reiche stehen. Wir sind Gegner jeder gewaltsamen und vorzeitigen Aufteilung Preußens. Aber Preußen muß in den Provinzen das Gefühl der Zufriedenheit erwecken, und das ist nur möglich auf dem Wege einer weitgehenden Autonomie. Die Presseangriffe gegen die Treue der Rheinländer und die Beleidigungen des Leiters der Reichsgetreidestelle, von Falkenhayn, weisen wir zurück. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Dr. Cohn (U. Soz.):

Der Zeitpunkt für die Verabschiedung ist deshalb so falsch gewählt, weil die Verabschiedung der Machtverhältnisse noch in Fluß ist. Die Bevölkerung radikalisiert sich nach rechts und nach links, die Mittelparteien werden zerrieben. Eine Neueinteilung des Reiches nach bevölkerungspolitischen Gesichtspunkten müßte vorausgehen und auch Preußen müßte aus den Zufälligkeiten seiner Entstehungsgeschichte erlöst werden. Wie schnell die Entwicklung vorwärts geht, beweist das Gesetz über Oberschlesien. Mit der Unterdrückung nationaler Minoritäten hätte das neue Preußen entschieden brechen müssen, damit wäre für Oberschlesien vieles gewonnen. Das Beispiel Oberschlesiens zeigt auch, daß es in dieser Materie keine nationalen Fragen, sondern nur Fragen von internationaler Zweckmäßigkeit gibt. Wir sind dafür, daß die

oberschlesischen Kohlengruben bei Deutschland bleiben,

weil sonst die Lage der gesamteuropäischen Arbeiterbevölkerung sich verschlechtert. (Lebhafter allgemeiner Beifall.) Auch darf der **oberschlesische Arbeiter nicht dem polnischen Militarismus ausgeliefert** werden. Die Anträge der Rechten auf Errichtung einer Staatspräsidentenschaft sollen nur die Monarchie vorbereiten. Vielleicht ist der erste Präsident schon ein Hohenzollern oder Hugo Stinnes! (Sehr wahr! bei den U. Soz. — Heiterkeit rechts.) Auch die Zustände in der preußischen Justiz sprechen gegen den Zeitpunkt einer Verfassungsberatung. Die Ausführungen Heilmanns mußten auch den widerwilligsten Zuhörer überzeugen, daß es eine politische Justiz gibt. Der Staatsrat ist vom Ausschuß bewußt als

Bollwerk gegen die Volkssouveränität

aufgerichtet. (Sehr wahr! bei den U. Soz.) Die Aufenthaltsklausel für die Gemeindewahlen wurde von den Demokraten beantragt, dann kam der Zentrumsmann Bayer und beantragte die Aufenthaltsklausel für die Kreise und schließlich folgte der Deutschnationale Hergt für die Provinzen. Damit ist die neue Koalition fertig! Die bürgerlichen Parteien wollen jetzt die Herrschaft des Kapitalismus festlegen, das ist verständlich. Die Haltung der Rechtssozialisten aber ist nur daraus verständlich, daß die Gewohnheit des Zusammenarbeitens mit den bürgerlichen Parteien jede sozialistische Regung bei ihnen erstickt hat. Wer mit den bürgerlichen Parteien Politik macht, stirbt daran als Sozialist. Im Jahre 1920 ist eine bürgerliche Demokratie ein Rückschritt, wie sie 1848 ein ungeheurer Fortschritt war. Notwendig ist eine Verbindung von Verwaltung, Gesetzgebung und Rechtsprechung im Neuaufbau des sozialistischen Staates und zwar innerhalb der kleinsten Zellen des Staates. Das ist durch diese Verfassung unmöglich gemacht. Herr Hauschild hat wieder vor der Diktatur des Proletariats bange gemacht. Er sollte Engels' Schrift gegen Dühring lesen! Bei den Rechtssozialisten merkt man nichts als die Philisterhaftigkeit einer zu Kleinbürgern gewordenen Partei. Die Rechtssozialisten machen die Koalition mit und sind die Schildhalter dieser kapitalistischen Ausbeutungspolitik. (Zuruf Heilmanns: Warum haben die Unabhängigen in Sachsen für die Verfassung gestimmt?) Wir wollen keine schwarzweiße Verfassung, wir wollen dem Sozialismus die Bahn freimachen und das Volk von der Knechtschaft seines eigenen und des internationalen Kapitalismus befreien. (Lebhafter Beifall bei den U. Soz.)

Minister des Innern Severing:

Eine Vorlage nach § 58 der Verfassung bezüglich der Selbständigkeit der Provinzen wird mit tunlichster Beschleunigung vorgelegt werden. Der Staatskommissar für Verwaltungsreform ist von mir damit beauftragt worden, bevor die Beratungen in der Vollversammlung hierüber begannen. Allerdings wird die Verabschiedung des Autonomiegesetzes kaum noch durch die Landesversammlung erfolgen können.

Abg. **Leibig** (D Vp.): An der Spitze des preußischen Staates muß, besonders in der jetzigen unruhigen Zeit, ein Staatspräsident stehen. Das Autonomiegesetz für Oberschlesien darf kein Präjudiz für das Rheinland oder für Hannover sein.

Abg. Adolf **Hoffmann** (Neukommunist): Diese Verfassung enthüllt die Hilflosigkeit dieses Parlaments und der bürgerlichen Gesellschaft. Der Entwurf ist ein kurzsichtiges Flick- und Pfuschwerk. Das Volk soll dadurch in die alte Knechtschaft zurückgezwungen werden. Aber die Politik Preußens wird nicht mehr in diesem Hause gemacht. (Zuruf rechts: Moskau!) Sie haben ja eine Heidenangst vor Moskau. (Große Unruhe und Gelächter rechts.) Von Herrn Kries bis Herrn Heilmann sind Sie ein Herz und eine Seele. Es ist ein Unglück, daß Sie

den besten Teil des Volkes

nicht kennen und auch nicht kennen wollen. (Zuruf des Abg. Rippel [Dnatl.].) Herr Abgeordneter, Sie heißen nicht nur Rüpel, Sie sind auch einer. (Der Präsident rügt diesen Ausdruck.) Sie reden immer von Diktatur, aber solange wir denken können sind Sie es, die Diktatur treiben. Nur die Diktatur des Proletariats kann eine freiheitliche Verfassung schaffen. Wenn Sie drohen, im Fall einer Umwälzung die Führer der Sozialisten in ihren Wohnungen zu erledigen, so würden Sie mit einer solchen Politik das herbeiführen, was Sie nicht wollen, nämlich die Einigung der gesamten Arbeiterschaft. Und damit wäre der Zeitpunkt gekommen, der ohnehin mit Sicherheit kommen wird, der Zeitpunkt, an dem die deutsche Arbeiterschaft reif ist, für die Erfüllung unseres Verfassungsideals: des politischen Rätesystems. (Lachen und Unruhe rechts. — Lebhafter Beifall bei den Neukommunisten.)

Damit schließt die allgemeine Aussprache.

Es folgt die

Einzelberatung:

Die Bestimmung des § 1, daß die Landesfarben schwarzweiß bleiben, wird gegen die Linke angenommen. Ein Antrag der Rechten auf Einführung eines Staatspräsidenten wird abgelehnt. Die Bestimmung, **nach der das Wahlrecht für die Soldaten ruht,** wird gegen die Rechte gestrichen. — Für die Auflösung des Landtages wird gegen die Sozialisten folgende Neuerung eingeführt: Die Auflösung des Landtages erfolgt durch eigenen Beschluß oder durch den Beschluß eines Ausschusses, der aus dem Ministerpräsidenten, dem Präsidenten des Landtages und des Staatsrates besteht, oder durch Volksentscheid. Dieser kann auch durch Beschluß des Staatsrates herbeigeführt werden.

Eine längere Debatte gibt es über § 58a, dessen zweiter Satz die Wahlen zu den Gemeindevertretungen von einer bestimmten Aufenthaltsdauer in der Gemeinde abhängig macht. Die Abgg. **Herbert** (Soz.) und **Ludwig** (U. Soz.) sprechen gegen diese Bestimmung und gegen einen deutschnationalen Antrag, der die Streichung des ganzen Paragraphen 58a verlangt. Alle Abänderungsanträge werden abgelehnt. Beim § 63 vertagt sich das Haus. — Mit Einverständnis des Hauses bestimmt der Präsident, bereits am Dienstag nach Beendigung der Beratung die namentliche Schlußabstimmung stattfinden zu lassen; ebenso die namentliche Abstimmung über das Kirchenaustrittsgesetz.

Sonnabend 12 Uhr: Genehmigung zum Strafverfahren gegen den Abg. Schulz-Kiel (Soz.); Beratung des Haushalts bei den Titeln Ministerium für Volkswohlfahrt, Gestüt-, Bau-Verwaltung. — Schluß: 6 Uhr.

•

Der Aeltestenrat hat beschlossen, die Beratung der Verfassung am Dienstag vormittag 10 Uhr fortzusetzen und möglichst an diesem Tage zu beenden. Die namentliche Abstimmung über die Verfassung und das Kirchenaustrittsgesetz wird entweder am Mittwoch oder am Sonnabend der nächsten Woche stattfinden. Am Mittwoch soll ferner die Besprechung über den Antrag der sozialdemokratischen Fraktionen erfolgen, durch den die Staatsregierung aufgefordert wird, auf den Erlaß eines Reichsgesetzes hinzuwirken, durch das das **Vermögen der Hohenzollern ohne Entschädigung der Republik Preußen übereignet wird.**

Prozeß gegen Prinz.

(Schluß aus der Abendausgabe.)

Als Zeuge wird hierauf der frühere Kommandant von Berlin Anton Fischer vernommen. Der Zeuge holt ziemlich weit aus und weist darauf hin, daß die Tatsache, daß Liebknecht die Geschmacklosigkeit besessen habe, mit den Särgen der unglücklichen Opfer aus der Chausseestraße vor die Kommandantur zu ziehen und aufreizende Reden zu halten, die Ursache war, daß die Verhetzung in der Bevölkerung einen so furchtbaren Umfang genommen hatte. Die weitere Folge war, daß man in Liebknecht einen Ruhestörer sah. Zeuge schildert sodann, wie Thizka eines Tages zu ihm gekommen sei und ihm erzählt habe, daß

von nationaler Seite

in der Köthener Straße eine Belohnung von 20 000 M. für die Ermordung Liebknechts ausgesetzt worden sei. Ich bin — so fährt der Zeuge fort — der Ansicht, daß Thizka mit seinen zerrütteten Nerven die Ursache des Gerüchts ist, es sei eine Belohnung für die Beiseiteschaffung Liebknechts ausgesetzt worden. **Ich kann jedenfalls erklären, daß von den mir bekannten Regierungsstellen weder eine Belohnung ausgesetzt worden, noch eine Geldsumme gezahlt worden ist.** Wie solche Gerüchte, die Regierung habe eine Belohnung ausgesetzt, entstehen, könnte sich vielleicht folgendermaßen erklären lassen. Die zur Niederkämpfung der Unruhen bestimmten Soldaten, die fortwährend abgeschossen wurden, weigerten sich zum Teil, Dienst zu tun, so daß ich ihnen eine besondere Belohnung für die Kampftage in Aussicht stellen mußte. Möglicherweise hat irgend ein Uebelwollender hieraus das Gerücht konstruiert, die Regierung habe eine „Belohnung" ausgesetzt, und

je verrückter eine Sache ist, desto eher wird sie geglaubt.

Rechtsanwalt Rübell richtet an den Zeugen Fischer eine Reihe von Fragen, in deren Verlauf der Zeuge auch zur Sprache bringt, daß seinerzeit für die kämpfenden Soldaten von verschiedenen Leuten Geldbeträge zur Verfügung gestellt worden seien, die auch zur Einrichtung der sogenannten Nachrichtenstelle im Kronprinzenpalais verwandt worden seien. Rechtsanwalt Rübell: Wer waren denn diese Herren? Zeuge Fischer (zögernd): Es war damals abgemacht worden, daß die Namen dieser Leute nicht bekanntgegeben werden sollten. Justizrat Dr. Werthauer: Ich protestiere gegen diese Frage! Rechtsanwalt Rübell: Ich will dann so fragen: War einer dieser Herren einer der Herren Sklarz? Zeuge: Nein. Von den Gebrüdern Sklarz ist kein roter Pfennig gekommen. Rechtsanwalt Rübell: Ich muß nun doch fragen, wer die Herren waren. Justizrat Werthauer: Ich mache darauf aufmerksam, daß der Zeuge seinerzeit Beamter war und erst von seiner vorgesetzten Behörde die Erlaubnis zur Aussage haben muß. — Das Gericht zieht sich zur Beratung zurück und verkündet dann den Beschluß, daß das Gericht die Anwendung des § 53 als nicht gegeben hält. Zeuge Fischer: Ich halte es auch für besser, daß ich aussage, damit nicht gleich wieder alle möglichen Gerüchte entstehen. Rechtsanwalt Rübell: Wer hat also die Gelder gegeben? Zeuge: Der Bürgerrat von Berlin! Justizrat Dr. Werthauer: Nachdem der Zeuge nun einmal gezwungen worden ist, sein damals gegebenes Wort zu brechen, frage ich nun gründlich weiter. Wer war denn der Bürgerrat? Zeuge: Das weiß ich nicht. Ich weiß nur, daß der Konsul Leo Simon im Auftrage des Bürgerrates die Gelder brachte, damit die Soldaten ihre Pflicht taten. Es schwirrte damals das Gerücht, Liebknecht besolde seine Soldaten mit 24 M. pro Tag, während wir nur 5 M. zahlten. Da sich leider

unter den Mannschaften viele käufliche Leute befanden,

wurde uns das Geld zur Verfügung gestellt, um denselben Sold zahlen zu können. Die Leute sollten auch belohnt werden, wenn sie Plünderungen verhüteten usw. Justizrat Dr. Werthauer: Dann bitte ich um Gerichtsbeschluß. Zeuge Hauptmann Erich Marx antwortet auf die Frage, ob ein Befehl zur Ermordung von Liebknecht existiert habe, daß er erst aus den Zeitungen von der angeblichen Existenz eines solchen Befehls Kenntnis erhalten habe.

Vor Vernehmung des Zeugen **Vater teilt Rechtsanwalt** Richter mit, ihm sei zu Ohren gekommen, daß dieser Zeuge gegen ihn persönliche Angriffe richten wolle. Er bitte, das Gericht zu verhindern, daß der Zeuge diese Angriffe hier vorbringe, so daß sie auch in die Presse kämen.

Der Zeuge bekundet, daß er früher mit Prinz befreundet war; die Freundschaft ging jedoch in die Brüche, weil Prinz von ihm verlangte, er solle aussagen, er habe den Mordbefehl gesehen. Ich befand mich, so erklärt Zeuge weiter, gerade in Hamburg, als meine Frau mir brieflich mitteilte, daß Prinz bei ihr gewesen sei und sie aufgefordert habe, mit ihm nach Holland zu fahren, wo er 3½ Millionen im Tresor habe, und den Mordbefehl zu holen. Ich fuhr sofort nach Berlin zurück wo ich Prinz traf. Ich hatte Prinz vor längerer Zeit in einer Privatklagesache Behrendt als Zeugen laden lassen und unter Bezugnahme darauf erklärte mir Prinz: „Ich habe für Dich in der Sache Behrendt

einen glatten Meineid

geleistet, nun mußt Du aussagen, daß Du den Mordbefehl mit den Originalunterschriften von Scheidemann und Sklarz gesehen hast!" Prinz bot mir an, wenn ich dies aussagen würde, so würde er mir die Hälfte von den 3½ Millionen geben.

Justizrat Dr. Werthauer: Ist es richtig, daß Sie bedroht worden sind, wenn Sie hier als Zeuge erscheinen und gegen Prinz aussagen würden? Zeuge: Jawohl,

von Rechtsanwalt Walter Richter.

Ich muß nun etwas weit ausholen. Rechtsanwalt Richter: Ich bitte den Zeugen zu verhindern, derartige Angaben zu machen. — Justizrat Werthauer: Mit was hat man Sie bedroht? Zeuge Vater: Man hat mich mit Verhaftung bedroht und schon zwei Beamte hinter mir her gehetzt. Ich habe mich darauf sofort an das **Reichswehrministerium** um Schutz gewandt und dieses hat mir einen Beamten mitgegeben, der jetzt hier im Zuhörerraum sitzt. Gestern, und zwar bis abends 10 Uhr ist bei mir angerufen worden, und man hat mir

gedroht, mir das Genick zu brechen, wenn ich gegen Prinz aussage.

Diese Drohungen können zwei Zeugen, die Leutnants Eith und Fiehring bestätigen, die hier anwesend sind. Vors.: Weshalb wollte man Sie denn verhaften? Staatsanwaltschaftsrat Hahney: Der Zeuge wird in 8 Sachen gesucht. Die Haftbefehle sind aber aufgehoben worden auf Verwendung von gewisser Seite hin, die mit dieser Sache aber nichts zu tun hat. Justizrat Werthauer: Der Zeuge hat sich an mich gewandt und mich um Schutz gebeten vor den Bedrohungen. Was hat Ihnen denn Rechtsanwalt Richter noch mitgeteilt? Zeuge: Als wir zusammen im Auto nach Weißensee fuhren, erzählte mir Rechtsanwalt Richter, er habe mit Staatsanwaltschaftsrat Gerlach gesprochen.

Rechtsanwalt Richter sagte darauf wörtlich: Um Prinz ist es uns gar nicht zu tun, wir wollen ja bloß Scheidemann und Sklarz eins auswischen.

Rechtsanwalt Richter (unterbrechend): Das ist nicht wahr, das ist ein glatter Meineid. — Vors.: Ich halte es für sehr zweckmäßig, wenn Sie, Herr Rechtsanwalt, als Zeuge vernommen werden würden. — Rechtsanwalt Richter verläßt den Saal. Zeuge Vater bekundet weiter:

Rechtsanwalt Richter erklärte mir dann wörtlich: „Ich weiß nicht, wie es einen Menschen geben kann, der diesen ungeheuren Schwindel mit dem Mordbefehl glauben kann. Ich glaube keinen Augenblick daran."

Das hat Richter nicht nur zu mir, sondern auch zu den anwesenden Herren Fiehring und Eith gesagt.

Rechtsanwalt Walter Richter stellt unter seinem Eide in Abrede, den Zeugen bedroht zu haben. Ebenso unrichtig seien die von dem Zeugen Vater hier vorgebrachten Aeußerungen bei der Autofahrt wiedergegeben. Er, Zeuge, könne sich jedenfalls **nicht daran erinnern,** derartige Worte gebraucht zu haben.

Der Leutnant a. D., jetzige Kaufmann Karl Eith bekundet auf die Frage des Vorsitzenden, ob Rechtsanwalt Richter den Mordbefehl als Schwindel bezeichnet habe: Ich gebe am besten die Aeußerungen des Herrn Richter im genauen Wortlaut wieder. Auf meine Frage, ob die ganze Sache nicht bloß gemacht sei, um damit Geld zu verdienen, erwiderte Richter nur: „**Schraube!**" Ich fragte ihn weiter, wie denn die Aktien in dem Prozeß ständen. Richter antwortete: **Es wird wohl „S." sicher sein, wenn ich ihn nicht durch § 51 frei bekomme!** (Bewegung.)

Rechtsanwalt Richter: Ich kann mich an dieses Gespräch **kaum noch erinnern.** Ich glaube nicht, daß ich eine derartige Aeußerung getan habe, ich weiß es jedenfalls nicht.

Zeuge Fiehring bestätigt ebenfalls, daß Rechtsanwalt Richter geäußert habe, er hoffe Prinz auf Grund des § 51 freizubekommen. Vater werde wohl gar nicht zur Aussage kommen.

Abg. Dr. Paul Levi-Frankfurt a. M. (K.P.D.) bekundet, daß bei der Verhaftung Liebknechts durch Thiska von einem Mordbefehl die Rede gewesen sei. Zeuge hatte den Eindruck gehabt, als wenn Liebknecht schon damals ermordet werden sollte.

Die Verhandlung wurde hierauf auf Montag 9½ Uhr vertagt.

•

Herr Hensel-Henseler.

Amtlich meldet WTB.: In Zeitungsberichten über den Prinz-Prozeß wird eine Zeugenaussage wiedergegeben, in der von einem Sekretär Hensel oder Henseler die Rede ist, der in den Dezembertagen 1918 in der Reichskanzlei beschäftigt gewesen sein soll. Hierzu wird festgestellt: In der Reichskanzlei ist in der fraglichen Zeit ein Sekretär namens Hensel oder Henseler oder eines ähnlichen Namens nicht tätig gewesen und zwar weder bei der Reichskanzlei, noch bei den damaligen Volksbeauftragten, die im Reichskanzlerhaus tätig waren. Eine solche Persönlichkeit ist in der Reichskanzlei auch ganz unbekannt.

Jugendveranstaltungen.

Sonntag, den 28. November:

Zentraljugendheim, Lindenstr. 3: 6 Uhr Bunter Abend. — **Neukölln,** Nogatstr. 53: Unterhaltungs- und Spielabend. — **Prenzlauer Vorstadt:** Besuch des Museums für Meereskunde. Treffpunkt 8½ Uhr Danziger Straße Ecke Pappelallee.

Briefkasten der Redaktion.

Jeder für den Briefkasten bestimmten Anfrage füge man einen Buchstaben und eine Nummer bei. Briefliche Auskunft wird nicht erteilt. Eilige Anfragen trage man in der Juristischen Sprechstunde, Lindenstr. 3, I. Hof parterre links, vor. Schriftstücke und Verträge sind mitzubringen.

W. 46. Vor dem Amtsgericht Berlin-Mitte, Neue Friedrichstraße. — **E. S. 02.** Eine Anfrage ist bei uns nicht eingegangen. Wiederholen Sie dieselbe.

Allgem. Ortskrankenkasse Berlin-Friedenau, Rheinstr. 9.

Einladung zur ordentlichen **Ausschußsitzung** am Montag, den 6. Dezember 1920, abends 7½ Uhr, im Kassenlokal, Rheinstr. 9, Vorderhaus 1 Treppe.

Tagesordnung:
1. Wahl des Rechnungsprüfungsausschusses für das Rechnungsjahr 1920.
2. Feststellung des Voranschlages für das Jahr 1921.
3. Antrag des Vorstandes auf Aenderung des § 47 der Satzung, wonach die Kassenbeiträge von 6 auf 6½ Hundertstel des im § 19 festgesetzten Grundlohns erhöht werden sollen. 151/2
4. Verschiedenes.

Berlin-Friedenau, den 25. November 1920.
Der Vorstand. Ackermann, Vorsitzender. Ulrich, Schriftführer.

Spezialarzt Dr. Haedicke
Haut-, Geschlechtsleiden, Blutuntersuchungen, Salvarsankuren. Friedrichstr. 187, a. d. Mohrenstr. 11-1, 3-6, Stg. 11-1.

Metallankaufsstelle Osten. Grüner Weg 86 zahlt Tagespreise für **Kupfer, Messing, Blei, Zink etc.**

Zinn u. Blei, Altmetalle, kauft zu hohen Preisen **Zinnschmelze,** Prinzessinnenstr. 17 (Moritzplatz).

Uebernehme sofort Restaurations-, Geschäfts-, Geschäfts- und Bureau-Einrichtungen zum schnellen Verkauf gegen Höchstgeb. Vorschuß sofort in jeder Höhe. Schätzung kostenlos bei Auftrag. 280b* **Aug. Scheidereiter,** S 59, Schinkestr. 22. Rixdorf 678.

Vertrauensvolle Auskunft. **Hebamme Preuß,** Brunnenstr. 76. 103a

Glühlampen und **Installations-Material** u. lampen gesucht. **Ing.-Bureau Jul. Schlichting** Berlin W 9, Linkstr. 10. Tel.: Lützow 3708 u. 6518

Friedrich Engels
Geboren am 28. Nov. 1820

Seine Werke:

Der Deutsche Bauernkrieg. Herausgeg. von Franz Mehring	Mk. 6,50
Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft	„ 13,-0
Der Ursprung der Familie, des Privateigentums u. des Staats	„ 10,50
Die Lage der arbeitenden Klassen in England	„ 13,50
Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie	„ 3,—
Po und Rhein — Savoyen, Nizza und der Rhein	„ 3,—
Grundsätze des Kommunismus	„ 1,50
Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft	„ 2,50
Kommunismus und Bakunismus	„ 1,50

Marx-Engels:

Das Kommunistische Manifest	Mk. 2,—
Aus dem literarischen Nachlaß von Marx und Engels. 1841—1850. Herausgegeben von Franz Mehring. 3 Bände	„ 67,50
Gesammelte Schriften von Marx und Engels. 1852—1862. Herausgegeben von N. Rjasanoff. 2 Bände	„ 48,—

Sein Leben:

Friedrich Engels, sein Leben, sein Wirken, seine Schriften, von Karl Kautsky	Mk 1,50
Briefwechsel zwischen Friedrich Engels und Karl Marx. 1844—1883. Herausgegeb. von Bebel u. Bernstein. 4 Bände	„ 72,—
Briefe und Auszüge aus Briefen von Joh. Phil. Becker, Josef Dietzgen, Friedrich Engels, Karl Marx u. a. an F. A. Sorge u. a.	„ 6,—
Friedrich Engels in seiner Frühzeit. 1820—1851. (I. Teil der Biographie, verfaßt von Gustav Meyer.) Halbleinen	„ 26,80
Friedrich Engels Schriften der Frühzeit. 1833—1844. (II. Teil der Biographie, vom gleichen Verfasser.) Halbleinen	„ 38,—

Hierauf 20% Teuerungszuschlag.

Buchhandlung Vorwärts
Lindenstrasse 2

Stoffe zur Damen- und Herrenbekleidung. Futterstoffe ○ Knöpfe. **Konfektion** für Damen und Mädchen. Maßanfertigung. Herabgesetzte Preise! **C. Pelz** 5 Kottbuser Straße 5

Physikalische Heilanstalt Berlin W 50 **Rankestr. 33** Dr. med. Knopf, an d. Tauentzienstr. Sprechstunden 9—12, 3—6. Fernspr.: Steinpl. 9. Behandl. v. Haut-, Harn-, Geschlechts- u. Frauenkrankheiten. Diathermie. — Blutuntersuchungen. — Hochfrequenz.

Künstliche Höhensonne
Bestrahlungshalle nach Prof. Jesionek. Zur Behandlung tuberkulös., erschöpfender Krankheiten, Hautleiden, Bleichsucht, Blutarmut, Skrofulose, Grippe, Gicht usw. Schnelle Kräftig. Abgespannter, Ueberarbeiteter, Nervöser. Erfolgreiche Schlaflosigkeit. Wirkung wie ein wochenlanger Aufenthalt im Höhenkurort oder am Meeresstrand.

Anzüge, Ulster
Paletots, Cutaways, Hosen, Alaska- und Kreuzfüchse, Muffen. (Keine Lombardware.) Verkauf zu enorm billigen Preisen. **Leihhaus Friedrichstr. Nr. 2**

Ohne Rücksicht auf den früheren Preis verkaufen wir **Möbel** aus renommierten süddeutschen Kunstwerkstätten etc. bis **50%** **Ermässigung!**

Luxusmöbel
Ia Entwürfe, aparte Bildhauerarbeiten
Herrenzimmer
Speisezimmer
Schlafzimmer
Wohnzimmer
Salons
Einzel-Möbel.

M. Schlewinsky & Co
Berlin C., Dircksenstraße 31 am Bahnhof Alexanderplatz.
Gekaufte Möbel können kostenlos längere Zeit bei uns lagern.

Die ersten Treibjagden sind eingetroffen! **O. Elsholz,** Hubertushaus, Neanderstr. 2
Große starke Waldhasen
Hasenrücken, Hasenkeulen, gespickte Hasen.
Fett-Gänse + Gänsertümpfe + Fette Enten
Gänsefleisch, Pfd 12,50 M., Gänsekeulen, St. 10,80 u. 12,60 M. Gänsefett, Pfd. 22 M., Gänseklein, Gänsebrüste, Pfd. 22 M. Reines Gänseschmalz, Pa. Gänse-Räucherbrüste.

Klein's Tabake befriedigen in Qualität und Preisen. Bezugsquellen durch **Kleins Tabakfabriken** G. m. b. H. Walldorf i. B. 212

Zahngebisse Goldbruch, Silberbruch, Brillanten, Quecksilber, Platina kaufen **John, Schubert,** Chausseestraße 110, Portal I, v. 1, nahe Invalidenstraße, und Bärwaldstr. 58, nahe Blücherstr., u. Zimmerstr. 81a, a. Friedrichstr. 2b

Dr. med. Hollaender, Spezialarzt für Haut-, Frauen- und Blasenleiden. Behandlung ohne Quecksilber, ohne Berufsstörung. Blutuntersuchung. Aufkl. Broschüre Nr. 10, diskret verschlossen Mk. 2,50. Berlin W 8, Leipziger Straße 108 II. Täglich 11—1, 5—7, Sonntags 11—1. 1874*

Die Nervosität der Männer, weil sie morgens zu hastig und leicht frühstücken oder zu früh den Magen überladen. **Die Pflicht der Frauen,** für ein schnell zubereitendes, dennoch nahrhaftes u. leicht verdaul. Frühstück zu sorgen. Es müssen 1-2 Tassen Haemacolade getrunken werden: Näh d. Hygiena Frft. a. M. H.

Phorosan - Heilinstitut für Haut- und Geschlechtskranke. Großbeerenstr. 67. Sprechstunden 11—5, außer Dienstag, Sonntags 10—12. Gonorrhöe-Behandlung nach dem neuen schmerzlosen Phorosan-Verfahren. Syphiliskur. Streng wissenschaftlich. Spez.-Ärztl. Leitung. Separate Zimmer. Kurdauer siehe Broschüre „Die Gonorrhoe und ihre Zwölftagekur" M 3.—. Prospekt „V" gegen Porto. Tel.: Kurf. 9879.

Zahle für **alte Zahngebisse,** auch zerbrochene und einzelne Zähne unüberbietbare Preise. Täglich Einkauf, auch Sonntags, von 10 Uhr ab für Eigenbedarf. 1280b* **Urban, Mariannenstr. 29.**

Hämorrhoiden · Stuhlträgheit Verlangen Sie kostenfrei ausführliche ärztliche Druckschrift Dr. Gebhard & Cie., Berlin 217, Potsdamer Straße 104d.

Nutzeisen jeder Art: Rund-, Flach-, Quadrat- u. Bandeisen, Gas-Siede-Rohre, T-Träger u. U-Eisen, Feldschmieden und Ambosse sofort ab Lager lieferbar. **Felix Kohls, Berlin C. 25, Dircksenstr. 12,** Moritzplatz 12072. Ecke Voltairestraße. Moritzplatz 12073.

LANDE

CIGARETTEN SIND DIE BEKANNT GUTEN

Die beste Weihnachtsgabe:

Coloniasport
Sachsenblume
Eno

Theater, Lichtspiele etc.

Opernhaus.
Ritter Blaubart.
7 Uhr.

Schauspielhaus.
2½ Uhr: Nathan der Weise.
7 Uhr: Der Kronprinz.

Deutsches Theater.
7½ U.: Der Arzt am Scheideweg
Stg. 2½: Frühlings Erwachen.
Stg. 7½: D. Arzt a. Scheideweg

Kammerspiele.
7: Er ist an allem schuld. Der Spieler.
Stg. 2½ Uhr: Der Weibsteufel.
7½: Büchse der Pandora.

Gr. Schauspielhaus
(Karlstraße)
7 Uhr: Danton (auß. Abonn.)
Stg. 2½: Julius Cäsar (auß. Ab.)
7: Julius Cäsar (auß. Abon.)

Theater i. d.
Königgrätzer Straße
½8 Uhr: **Frau Margitt.**
(Kitty Aschenbach, Hartau, Riemann, Menzes, Richard)
Sonntag: Frau Margit.
Montag: Rausch.

Komödienhaus
½8 Uhr: Die
Sache mit Lola
mit Max Pallenberg.
(Josefine Dora a. G., Ortrud Wagner, Picha, Haskel, Steda Kiper.)

Berliner Theater
Allabendlich 7 Uhr:
Die spanische Nachtigall
mit
Fritzi Massary
Erik Wirl, Hans Waßmann, Emmy Sturm, Olga Engl.

Central-Theater
3 Uhr: Pirlefanz (Märchen)
7½: Frau Bärbel (Operette)
Deutsches Opernhaus
7 U.: Postillon von Lonjumeau
Friedr.-Wilhelmst. Th.
7½ U.: Hoheit die Tänzerin.
Kleines Theater.
7½ U.: **Griselda.**
Kl. Schauspielhaus.
7½ U.: Büchse der Pandora.
Komische Oper
Allabendl. 7½ Uhr: Liebe im Schnee.
Sonntag, 28. Nov., 11½ Uhr:
Poldi Deutsch-Feier
Nachm. 3½ Uhr:
Liebe im Schnee.
Lustspielhaus
7½ Uhr: Arnold Rieck in Zwangseinquartierung.
Metropol-Theater.
7 U.: Hollandweibchen
Neues Operettenhaus
7½ U.: Die Csikósbaroneß
Neues Volkstheater
7½ U.: Perikles von Tyrus.
Schiller-Theat. Charl.
3 Uhr: Nathan der Weise.
7½ Uhr: Die verlorene Tochter.
Thalia-Theater
Gastspiel Hansi Niese
7½ U.: Botschafterin Leni.
Th. am Nollendorfplatz
3 Uhr: Aschenbrödel.
7 Uhr: Wenn Liebe erwacht
Theater des Westens
3½ Uhr: Schneew. u. Rosenrot
7½ U.: Der ersten Liebe gold. Zeit
Th. i. d. Kommandantenstr.
früher Herrnfeld-Theater.
7½ U.: Der verjüngte Adolar.
Wallner-Theater
7½ U.: Der Geiger von Lugano.
Walhalla-Theater
7½ U.: Gastsp. Hartstein

Residenz-Theater.
Heute 4 Uhr, kleine Preise:
Aschenbrödel.
Heute und täglich ½8 Uhr
Der große Erfolg!
Die Freundin.
Sonntag 4 Uhr, halbe Preise:
Die Freundin.

Trianon-Theater.
Heute nachm. 4, kleine Preise:
Hänsel und Gretel.
Täglich 7½ Uhr
Kammermusik.
Lustspiel: Heinr. Ilgenstein
Carl Clewing, Eugen Burg, Olga Limburg, Hans Albers, Adele Hartwig, Luise Werckmeister.

Schall und Rauch
im Großen Schauspielhaus
Dir. Hans v. Wolzogen
PAUL GRAETZ
Vilma von Medgyaszay
Transky, Klabund, Pohl, Gregor Ratoff m. s. Chor
Wolowsky, Bendow, Newolina, Blandine Ebinger
„Totentanz"
Kapelle Leonidoff
Konz. 7 Uhr, Anfang 8 Uhr.

Volksbühne
Theater am Bülowplatz
7 Uhr: **Kabale u. Liebe**

Lessing-Theater.
Direktion: Victor Barnowsky
Heute und Montag:
7½ Uhr: **Flamme.**
(Dorsch, Grüning, Götz, Pröckl.)

Deutsches Künstler-Theater
Allabendlich 7½ Uhr:
Die Scheidungsreise
mit Max Adalbert und Trude Hesterberg.

Rose-Theater.
3½: Die sieben Raben.
7½ Uhr:
Heimat.

½8 Uhr: **Folies Caprice**
Sanatorium Steinach
Der gehörnte Siegfried
mit Ferd. Grünecker.

Casino-Theater
Lothringer Str. 37. — Tgl. ½8.
Der neue Schlager:
Der Fehltritt einer Frau.
Volksstück in 4 Bildern.
Vorher: Theaterliebe.
Operett-Sketsch m. V. Litzek.
Sonntag 3½: Der Hausdrache.

Walhalla Theater
a. Rosenthaler Pl.
Schluß des
Hartstein.
Gastspiels
Dienstag, den 30. Nov.
Bis dahin täglich 7½ Uhr
Sonntags 3½ u. 7½ Uhr:
2 lustige Schlager
Der schöne Wilhelm
und
Heinrich amüsiert sich.

Königstadt-Theater
Bahnhof Jannowitzbrücke
Tägl. 7.30 Gala-Sänger.
Im Ballsaal TANZ.

APOLLO
7½ U. Theater 7½ U.
Dir.: James Klein.
Letzte Tage!
Harems-Nächte!!
sowie im Rahmen der November-Sensationen
urwilde
Riesen-Löwen
direkt aus d. Wildnis
und nicht, wie bei andern Löwen Vorführung. i. d. Gefangenschaft geboren.
Sonntag 3½ Uhr ungekürztes Programm. 1 Kind frei!

METROPOL
VARIETÉ-KABARETT
Behrenstraße 54
12 Attraktionen.

Winter-Garten
Täglich 7½ Uhr:
Varieté-Spielplan
Rauchen gestattet!

Circus Busch
Tägl. 7.15, Stg. u. Mi. a. 3 U.
Gastsp. Stosch-Sarrasani.
25 Löwen 25
Nur noch kurze Zeit:
Pantomime: Mazeppa.
Vorv.: Tietz, Circuskasse

Etablissement
Zielka
Friedrichstr. 59/60
Ecke Leipziger Str.
Nachm. im Café
und abends im
Margaretensaal

m. neuen Tanzschöpfungen

Janos und Olivia
Charlotte Klein
Allabendlich 8 Uhr
im großen Konzertsaal
Heitere Spiele
Auftreten erster Künstler

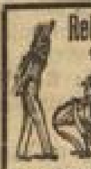
Admiralspalast
7½ Die roten Schuhe.
Morg. 3½: Flirt in St. Moritz
7½: Die roten Schuhe.

Theater a. Kottbus. Tor
Tel.: Moritzplatz 14814.
Täglich 7½ Uhr und Sonntag nachm. 3 U.
Elite-Sänger.
Neues Programm
Z. 3. d. lust. Einakter
„Ein Abenteuer im Witwenverein."
Vorv. 11-1½, 4-6 Uhr

Adi-Haus
Taubenstr. 34 — Ztr. 1052
Heinz Artus
Magda Cornelius
Erna Ernani
Hans Brückner
Gebr. Alexander
Cornelius-Duett
Anny Gragert
Hans Wilh. Bachmann
Peter Mann
Adolf Lieban
Bargetränke
Mocca, Tee, Schokolade
Erstkl. Küche
ff. Weine
Beginn pünktl. 7 Uhr
Eintritt frei.

Varieté-Café
Moritzplatz
Oranienstraße 53-54
Wardini
4 Padlowskys
6 Stellas
und das große
Varieté-Programm.
5—7 Schönheitstänze.

Reichshall.-Theater



Abends 7½ und Sonntag Nm. 3
Stettiner Sänger.
Nm. halbe Preise
Varieté-Dönhoff-Brettl. Anf. 6½. So. 3

Löfa Lubau Kabarett Jägerstr. 18.

Erich Karow
Sie lachen Tränen!!!
„Die Dorfschule"
mit
Erich Karow
ist die größte Sensation, welche bis Dato im
TIVOLI
zur Aufführung gelangte.
Nur noch bis 30. November 1920.

De-Ka
Konditorei Neukölln, Boddinstr. 65
am Rathaus
Intime Musik :: Neu renoviert
Eigene Konditorei

Brillanten
Perlen, Smaragde
kauft zum höchsten Kurs
W. Weisager,
Leipziger Straße 112, Eingang Mauerstraße

Gold-, Silber-, Platin-
Bruch, Ringe, Ketten, Löffel, Zahngebisse, Brennstifte usw.
kaufen zu den jetzt hohen Tagespreisen
Gebr. Fuhrmann,
Nollendorfstr. 39 (1 Minute vom Nollendorfplatz).

Oberlandesgerichtsrat
außerd. (?) Rechtsberatung, Abwicklung schwierigster Fälle. Ehe-, Alimenten-, Vermögenssachen, Ermittelungen. Potsdamer Str. 115, Lützow 2494. Direktor Fabisch.

Jedermann
hat Gelegenheit, sich gegen
monatliche Teilzahlung
elegant zu kleiden.
Anzüge, Ulster und Paletots nur nach Maß.
Gute Stoffe, beste Zutaten. — Garantie für guten Sitz.
Julius Fabian,
Große Frankfurter Straße 37. II.

Möbel-Kredit
Friedeberg
Bülowstraße 24, am Hochbahnhof
Reiche Auswahl • Wesentlich ermäßigte Preise
Spezialität: Weiße Schlafzimmer

Torald Carl
Korbmöbel-Fabrik-Lager
Charlottenburg, Suarezstr. 50-51
Fernsprecher: Amt Wilhelm No. 531

Reparaturen!
:: Schnellste :: Ausführung von Spezialaufträgen.

Möbel auf Bar oder Kredit
zu den billigsten Preisen u. leichtesten Bedingungen. — Liefere auch auswärts.
Möbel-Groß
Große Frankfurter Straße 141
Invalidenstr. 5, Eingang Ackerstr.

Die höchsten Preise für sämtliche
Altmetalle
zahlt
Wiemer,
Putbuser Straße 30 I,
am Bahnhof Gesundbrunnen.

Die höchsten Preise für sämtliche
Altmetalle
zahlt
Wiemer,
Mirbachstraße Nr. 4, Hof,
am Zentralviehhof.

Die höchsten Preise für sämtliche
Altmetalle
zahlt
Tütel,
Schivelbeiner Straße 5,
a. Bahnhof Schönhauser Allee

Die höchsten Preise für sämtliche
Altmetalle
zahlt
Wiemer,
Lichtenberg, Jungstr. 23,
am Bahnhof Frankfurt. Allee.

Die höchsten Preise für sämtliche
Altmetalle
zahlt
Wiemer,
Neukölln, Laubestr. 6, I,
nahe Kaiser-Friedrich-Straße.

Die höchsten Preise für sämtliche
Altmetalle
zahlt
Wiemer,
Pankow, Wollankstr. 31,
am Nordbahnhof.

Metallverwertung
kauft
Kupfer,
Rotguß, Messing, } nur heute.
Blei, Zinn, Zink und zahlt
Reklamepreise
Weißenburger Straße 11;
Strausberger Straße 24;
Köpenicker Straße 121a;
Reinickendorfer Str. 107;
Oberberger Str. 31, Ecke Bernauer;
Gipsstr. 10, vorn 1 Tr.;
Lothringer Str 47, v. i. Gesch.
Humb. 3882, Königst. 6791.

Gut und billig!
Hochfeine Schlafzimmer Ahorn, unaltb.(?); Speiseherrenzimmer, Eiche, in der Fabrikstreitemo der Straße 2/3, nahe Königstor

Möbel
Bar oder Teilzahlung
bei kleinster An- u. Abzahl.
zu bedeutend herabgesetzten Preisen
Schlafzimmer
Wohnzimmer
Herrenzimmer
Speisezimmer
Bunte Küchen
Einzelne Möbel
Liefere auch n. auswärts
Lagerung kostenlos.
Möbel-Cohn
Gr. Frankfurter Str. 58
5 Min. vom Alexanderplatz.
Filiale: Badstr. 47-48.
5 Min. v. Bhf. Gesundbr.

Kreuz-, Alaska-, Silber-Füchse sehr preisw.
Damenpelzkragen v. 48
Rotfuchskragen v. 170
Pelzfutter für Mäntel von 150 M. an
Herrenkragen v. 65 an
Seal Elektric, Biberet
Herren- u. Dam.-Shawlkragen aus Australisch.
Opossum v. 550.— an
Pelzwarenhaus
A. Klass & Co.,
Hackescher Markt
Rosenthaler Str. 40/41.

Brillanten
Platina
Bruch { **Gold**
Silber
Uhren, Ketten, Gebisse u.
kauft zum höchst. Tagespr.
Sebastian & Bradtke
Charlottenburg, Danckelmannstr. 55.
Tel. Wilh. 6558. 102 Bg!

Kein
Bettnässer
versäume prakt. Arzt Dr. Zottmanns „Kraton", das Neueste, sofort wirkend, anzuwenden. Pat. gesch. Auskunft kostenlos. Alter und Geschlecht angeben. — Versandhaus Medika 26, München 36, Schellingstraße 3.

Winter-Herrenanzüge!
50 Winter-Herrenanzüge mit gutem Futter von 400—500 M. verkauft nachm. 4—7 kein Laden Handelskontor Brehme & Co., Gesthiner Str. 40 I.

Herren-Garderobe
Anzüge, Paletots, Ulster
von 415 bis 1200 M. B1
größte Auswahl, besonders preiswert
Teilzahlung gestattet!
Beiser, Lothringer Str. 67

Metallpreiserhöhung
Zinn! Lötzinn! Weißmetall! Blei! Kupfer! Messing! Zink! Aluminium! Nickel Stanniolpapier! Quecksilber! Glühstrumpfasche bis 35.—, salpeters. Silber! Zahngebisse! Zahn bis 1.0.—! Goldbruch! Silberbruch! Platinabfälle! Kauft zu Tagespreisen
Edelmetall-Einkaufsbureau, Weberstr. 31.

Zinn u. Blei
sowie alle Altmetalle kaufen zu Tagespreisen
Metallschmelzwerke,
Waldemarstr. 74.
Telephon: Moritzplatz 9955

Pelz-Haus
ABUCO
Zahlungserleichterung
Leipziger Str. 58

Höchst-Tagespreise für
GOLD
-Bruch, Gegenstände, Ketten, Ringe usw.
PLATIN
-Bruch, Kontakte, Brenn-Stifte usw.
SILBER
-Bruch, Bestecke, Gegenstände
Gebisse
auch einzelne Zähne zahlt
Edelmetallschmelze
Inh.: Adolf Rosenzweig.
Oranienburger Straße **38**
hochparterre zwischen Artillerie- und Friedrichstraße.
Filiale
Rathenower Str. 59
(Zahnpraxis)
Bestes Absatzgebiet für Händler.
Telephon: ord 10504
Streng reelle Bedienung

Aller Art Aller Art
Pistolen
Mauser Cal. 7,63, Walther, Dreyse, Browning etc. kauft und tauscht Walter Dietke, Waffen- u. Munitionswerkst., Berlin, Kommandantenstr. 36

Stellenangebote

Gesucht
Schokoladen-Arbeiter,
der mit großen Kakaopressen vertraut ist. 3019
Offerten unter Ch. M. 5611 an Rudolf Mosse, Charlottenburg, Kantstr. 34.

Die Stelle des 184/13*
Bürgermeisters
der Stadt Saarbrücken

(der Titel Oberbürgermeister ist beantragt) ist sofort zu besetzen.

Die Wahl und Anstellung erfolgt auf 12 Jahre. Jahresgehalt 30000 M., dazu Ortszuschlag, Kinderbeihilfen und Ausgleichszuschlag nach staatlichen Grundsätzen und die für das Saargebiet geltenden besonderen Zulagen.

Bewerber, welche auf dem Gebiete der kommunalen und Staatsverwaltung besondere Fähigkeiten, Erfahrung und Kenntnisse besitzen und die Prüfung für das Richteramt oder den höheren Verwaltungsdienst abgelegt haben, oder in wirtschaftlichen oder technischen Betrieben an leitender Stelle tätig gewesen sind, werden gebeten, ihre Meldung nebst Lebenslauf und Zeugnisabschriften bis zum 1. Januar 1921 einzureichen.

Ferner sind die Stellen

zweier Beigeordneten
der Stadt Saarbrücken

sofort zu besetzen.

Die Wahl und Anstellung erfolgt auf 12 Jahre. Jahresgehalt 20000 M. und 15000 M., Ortszuschlag, Kinderbeihilfen und Ausgleichszuschlag nach staatlichen Grundsätzen und die für das Saargebiet geltenden besonderen Zulagen.

In der Kommunal- oder Staatsverwaltung oder in wirtschaftlichen und technischen Betrieben bereits tätig gewesene Bewerber werden gebeten, ihre Meldung nebst Lebenslauf und Zeugnisabschriften bis zum 1. Januar 1921 einzureichen.

Die Bestätigung der drei zu wählenden Herren erfolgt auf Grund der rheinischen Städteordnung durch die Regierungskommission für das Saargebiet.

Saarbrücken, den 10. November 1920.

Der kommissarische Bürgermeister.

Tüchtige
Schaufenster-dekorateure
sofort gesucht.
Meldungen: 1—2 Uhr mittags, 5—6 Uhr abends.
A. Jandorf & Co.,
Kottbuser Damm 1.

Wir suchen zum 1. Januar 1921 einen durchaus tüchtigen
Geschäftsführer
für unser Parteiorgan „Göttinger Volksblatt". Derselbe muß bilanzsicher und möglichst gelernter Buchdrucker sein. Bewerbungen mit Gehaltsansprüchen sind bis zum 8. Dezember zu richten an 1964*
Wedemeyer & Co., Göttingen, Roteftr. 13.
Als Bewerber kommen nur organ. Parteigenossen (S.P.D.) in Frage

Ein neuer Spitzelsumpf aufgedeckt.

Das Treiben der Orgesch im Rheinlande.

Elberfeld, 28. November. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts".) Der Elberfelder „Volkstribüne" ist es gelungen, eine Spitzelzentrale im Wuppertal aufzudecken. In Elberfeld existiert ein „Bürgerrat", der in engster Verbindung mit der Orgesch und der Vatter-Kamarilla in Münster steht. Dieser gibt ein Blatt, den „Bürger-Vorwärts", heraus, ein reaktionäres Hetzblatt übelster Sorte. In diesem wurde jüngst ein Akquisiteur durch Annonce gesucht. Es meldete sich ein Kaufmann Willi T. aus Hamburg, der zur Syndikalistenbewegung gehört und bei dem Syndikalisten Steinacker in Elberfeld als Arbeitsloser wohnte. Er wurde nach seiner Erzählung als Akquisiteur angestellt, bald erhielt er jedoch durch einen Herrn Arnhold das Angebot, Spitzeldienste zu verrichten. Auf seine Zusage erhielt Willi T. Ausweispapiere vom Bürgerrat mit falschen Namen, mittels deren er in der Sipo als Kriminalwachtmeister angestellt wurde. Für seine Spitzeltätigkeit will Willi T. in 14 Tagen 2800 Mark erhalten haben. Außerdem bekam er Waffen und falsche Ausweise geliefert. Man beauftragte ihn namentlich,

Steinackers Papiere zu entwenden.

Es wurde ihm gesagt, daß seine Ausweise, unterzeichnet von Arnhold, ihn vor Verhaftung schützen würden, wenn er bei Einbrüchen im Interesse des Bürgerrates gefaßt würde. Den Auftraggebern kam es hauptsächlich darauf an, angebliche „schwarze Listen" der Kommunisten zu entdecken. Mit diesen schwarzen Listen sollte nämlich den Geschäftsleuten Angst gemacht und diese zur Leistung von Beiträgen für den Bürgerrat veranlaßt werden. Weiter sollten die Spitzel versuchen, führende sozialistische Persönlichkeiten

zu Weingelagen mit Weibern

zu verleiten, um dann in der Oeffentlichkeit darüber berichten zu können. Dafür wurden besondere Gelder zur Verfügung gestellt. Nach der Behauptung des T. hat der Bürgerrat ungefähr **150 Agenten**, davon in Elberfeld-Barmen selbst 50 bis 60, von denen 15 bis 20 direkt Angestellte der Sicherheitspolizei sind. Der Chefagent namens Jung ist in der K.A.P.D. organisiert, er hat auch auf die Spaltung der U.S.P. in Elberfeld hingearbeitet. Von den Spitzeln des Bürgerrates ist auch seinerzeit

der Putsch in Velbert

inszeniert worden. Aus Briefen, die Arnhold erhielt, ergibt sich auch das enge Zusammenarbeiten des Bürgerrates mit der Orgesch und der Sipo in Münster in Westfalen.

Besonders interessant sind die Umstände, die sich an die Proklamation der Räterepublik in Velbert in diesem Sommer knüpfen. Hierzu wird berichtet: Zu der Zeit fand in Berlin eine **Konferenz der K. A. P. D.** statt, zu der zunächst von der Wuppertaler Organisation der K. A. P. D. ein gewisser Busch aus Barmen delegiert war. An einem Abend kam der Spitzel Teltow zum Vorsitzenden der K. A. P. D. Stendebach und sagte, Busch wäre ein Spitzel. Darauf erklärte Stendebach: Wenn sich das so verhält, sollte Teltow nach Berlin fahren. Teltow ist auch nach Berlin gefahren und hat dies der Konferenz übermittelt. Teltow kam zurück mit der Order,

am 20. August soll losgeschlagen werden,

und er habe darauf den Putsch in Velbert provoziert, wofür er dann **vom Bürgerrat ratenweise bezahlt** worden ist. Der genannte Vorsitzende der K. A. P. D., Stendebach, ist augenblicklich flüchtig.

Weitere Streichungen vom Heeresetat.

Im Hauptausschuß des Reichstags wurde am Freitag die Redezeit auf zehn Minuten beschränkt.

Die sachliche Weiterberatung des Etats ergibt die Annahme sämtlicher beantragter Besoldungen für Offiziere, Sanitäts- und Veterinäroffiziere.

Zur Position für kasernenmäßige Unterkunft der Reichswehr bringt Abg. Hoch (Soz.) längere Beschwerden vor, daß die Kasernen nicht hinreichend zu Wohnungszwecken benutzt würden.

Minister Dr. Geßler antwortet, daß nach Ausscheiden der Abwicklungsstellen und der Dienstwohnungen hinreichend Räume für die Reichswehr zur Verfügung stehen werden.

Die Position wird darauf genehmigt. — Angenommen werden ferner die im Nachtragsetat bereits bewilligten Summen zur Verstärkung des Heeres bis 31. Dezember 1920 sowie für die Truppen in der neutralen Zone vom 1. April bis 31. Mai 1920, außerdem für die Abwicklung der aufgelösten Reichswehrformationen.

Zu der Position für Hilfeleistungen durch nicht beamtete Kräfte in Höhe von 8 443 800 M. beantragen die Abgg. Bolz (Z.) und Stücklen (Soz.),

unbedingt Streichungen

vorzunehmen, da die Arbeit vielfach von den Militärs geleistet werden könne. — Minister Dr. Geßler bemerkt, daß bereits Kündigungen ausgesprochen seien, weitere jedoch auf technische Schwierigkeiten stoßen.

Ein Antrag Bolz (Z.), von diesem Posten 443 800 M. zu streichen, wird angenommen. — Desgleichen ein weiterer Antrag Bolz, von der Position über Bureaugeld 150 000 M. und von den Kosten für Bureauboten, für Arbeiter bei den Kommandobehörden eine Million Mark zu streichen.

Zu den Ausgaben für Gefechts- und Geländeübungen beantragt Abg. Stücklen (Soz.) unter Hinweis auf die außerordentliche Höhe des Postens, die Streichung von zwei Millionen Mark. — Der Antrag wird angenommen.

Angenommen werden die sonstigen vermischten Ausgaben sowie die Aufwendungen für die Waffenschulen.

Bei der Position betr. Reitübungen im Gelände und Kosten für Kraftfahrzeuge wird ein Antrag Bolz (Z.) auf Streichung von 400 000 M. angenommen.

Dagegen werden die Kosten für

Unterricht und Bildung

in der Allgemeinheit des Heeres ebenso wie die Kosten für die Leibesübungen bewilligt. Angenommen werden auch die Fürsorgekosten während der Dienstzeit und bei der Entlassung der Reichswehrangehörigen. Zur Position über Waffen-, Munitions- und Wehrgerätewesen fragt Abg. Stücklen (Soz.), ob es möglich sei, durch Verhandlungen mit der Entente zu erreichen, daß nicht weiter Material verschrottet werden müsse. — Oberst v. Kreß antwortet, daß ein Teil unseres Schießbedarfs uns von der Entente bewilligt worden sei. Welchen Erfolg weitere Verhandlungen haben werden, sei nicht vorauszusagen. — Danach wird ein sozialdemokratischer Antrag, von der Gesamtsumme der Kosten für Waffen, Munition und Heeresgerät in Höhe von rund 256 Millionen Mark die

Summe von 65 Millionen Mark zu streichen,

mit Unterstützung der Unabhängigen und des Zentrums vom Hauptausschuß angenommen. (Große Bewegung am Regierungstisch.) — Minister Dr. Geßler erklärt hierzu, daß durch diesen Beschluß die Heeresverwaltung in die größten Schwierigkeiten kommen könne.

Morgen Weiterberatung.

Reichstag und Elektrostreik.

Im Reichstag wurden am Freitag zunächst

kleine Anfragen

beantwortet.

Die **plötzliche Aufhebung der Abwicklungsstellen** — Anfrage Abg. Thiel (D. Vp.) — war notwendig wegen der finanziellen Notlage des Reichs. Die Erledigung der Kriegsfürsorgeansprüche wird dadurch nicht beeinträchtigt.

Wie in den übrigen Kolonien, so macht auch in **Samoa** — Anfrage Abg. Dusche (D. Vp.) — die Entente von ihrem „Recht" der Heimschaffung aller Deutschen und der Liquidierung ihres Besitztums umfassend Gebrauch. Gegen unwürdige Transportbehandlung hat die deutsche Regierung stets sofort Protest eingelegt.

Man wird sich angelegen sein lassen — Anfrage Abg. Dr. Becker-Hessen (D. Vp.) — die **Verkehrshemmungen auf dem Rhein** zu beseitigen. — Die **Bohrarbeiten an den Briefkästen** — Anfrage Abg. Isenmann (Zentr.) — erfordern Fachkenntnis; es sind Handwerker aus den verschiedenen Direktionsbezirken hinzugezogen und die Berliner Vorarbeiter sind, wo sie entbehrlich waren, jetzt zurückgezogen worden. — Auf Beschwerde des Abg. van den Kerkhoff (Dnat. Vp.) wegen Einfuhr von 200 000 Zentner **schwedischer Zentrifugen** verspricht die Reichsregierung, die Angelegenheit weiter zu prüfen. Seit Juni seien nur 14 000 Maschinen eingeführt worden. — Zur Anfrage des Abg. van den Kerkhoff (Dnat. Vp.) betr. Abbruch der Verhandlungen der Reichswerke-A.-G. über den Verkauf von Werkzeugmaschinen an Selbstverbraucher erklärt die Regierung, daß der Reichsschatzminister erst nach Abschluß der Verhandlungen verständigt worden sei. Die Sache wird zurzeit noch geprüft.

Eine Interpellation der Neukommunisten betr. Aufnahme der diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu Rußland soll in der geschäftsordnungsmäßigen Frist beantwortet werden.

Der wilde Elektrizitätsstreik.

Die deutschnationale Interpellation über den Streik der Berliner Elektrizitätsarbeiter begründet

Abg. **Berndt** (Dnat. Vp.): Zu den Deutschland herabsetzenden Zuständen wäre es nicht gekommen, wenn die maßgebenden Stellen rechtzeitig und entschlossen ihre Machtmittel angewandt hätten. Die Regierung hat ihre Energielosigkeit bewiesen; statt zu handeln, hat sie sich zu sehr von dem Berliner Magistrat abhängig gemacht. Die Technische Nothilfe wurde nicht rechtzeitig eingesetzt und zu bald wieder zurückgezogen. Die Verordnung des Reichspräsidenten vom 10. November wurde nicht sofort durchgeführt, sondern der Berliner Magistrat beließ es bei einer Aufforderung und Friststellung an die Streikenden bis 11. November. Die Bevölkerung versteht nicht, warum nicht sofort gegen die Streikenden vorgegangen wurde. Was ist gegen die unternommen worden, die die

Maschinenteile entfernt

haben? Zur Beseitigung der außerordentlichen Erregung und Unruhe in der Bevölkerung muß die Reichsregierung auch darüber Aufklärung geben, wie in Zukunft die Bevölkerung die Gewißheit erhält, daß eine Wiederholung derartiger fürchterlicher Zustände ausgeschlossen ist. Man betrachte die katastrophalen Folgen dieses wilden Streiks: die Wirkung auf unsere Valuta war verhängnisvoll. So kann man nur handeln, wenn man systematisch auf die **Zerstörung des Reichs** hinarbeitet. (Stürmischer Widerspruch links.) Ohne die Gewerkschaften wären die zerstörenden Kräfte ihrem Sieg bedeutend näher. Wir verlangen strengstes Eingreifen des Staates und begrüßen deshalb

die Verordnung des Reichspräsidenten,

die unter allen Umständen aufrechterhalten werden muß. (Beifall rechts. — Widerspruch links.) Auch der „Vorwärts" hat am Anfang anerkannt, daß eine gesetzliche Regelung der Streikfrage notwendig wäre. (Zuruf äußerst links: Geist von Ihrem Geist!) Demgegenüber stimmen heute auch die Sozialdemokraten für Aufhebung der Verordnung. Wir verlangen sogar ihre Verschärfung und ihre Ausdehnung auf Verkehr und Landwirtschaft, denn nur so können wir aus dem Chaos herauskommen. (Lebhafter Beifall rechts, Unruhe und Zurufe links.)

Reichsminister des Innern **Koch**:

Der Streik war von Sabotageakten begleitet, die große Gefahr für die Kranken und großen Materialschaden hervorriefen. (Hört, hört! und Pfuirufe rechts — Unruhe links.) Der Minister begründet dann den Erlaß des Reichspräsidenten, der notwendig war, da die Stadtgemeinde nicht in der Lage war, des Streiks Herr zu werden. Die Reichsregierung wird ähnliche Streiks auf Grund der Verordnung zu verhindern wissen. (Beifall rechts.) Die Technische Nothilfe ist gut organisiert und wird weiter ausgebaut. (Bravo!) Dabei hofft die Regierung, daß wilde Streiks durch den Willen der besonnenen Arbeiter selbst erstickt werden, deshalb beschränkt sich die Verordnung auf die lebensnotwendigen Betriebe und muß bis zur gesetzlichen Regelung durch ein bald dem Hause zugehendes

Schlichtungsgesetz

aufrechterhalten bleiben. (Lebhafter Beifall rechts — Zischen links.) Die Regierung hat in dieser Angelegenheit besonnen und entschieden gehandelt, die Folge der Verordnung des Reichspräsidenten war das Einschreiten des Magistrats. Das

Verfahren gegen Sylt

wird fortgesetzt. Zu der von den Sozialisten verlangten Aufhebung der Verordnung ist der Augenblick ungeeignet, um so mehr, als Herr Luitpold angedroht hat, Berlin werde noch öfter im Dunkeln sitzen. Wir dürfen uns die Waffe nicht aus der Hand nehmen lassen. Wenn noch einmal die Elektrizitätswerke von den Arbeitern geräumt werden, so gebe ich mich nicht mehr dazu her, sie für solche Versuche noch einmal zu öffnen. (Lebhafte Unruhe.) Der Streik war lokaler Natur, er schädigt aber die Reichshauptstadt und untergräbt das Vertrauen der Länder und des Auslandes. Ist Berlin einig, wird das Reich nicht zerrissen werden können. Es genügt nicht, von Verfassung zu reden, sondern auch für ihre Aufrechterhaltung ist zu sorgen. Wir werden den

Terror einzelner mit starker Hand

(Große Unruhe links — Zwischenrufe: Hört, hört!), jawohl, mit starker Hand verhindern und werden nicht zulassen, daß eine Handvoll Elemente verhindert, Deutschland wieder auf kulturelle und wirtschaftliche Höhe zu bringen. (Beifall bei den Bürgerlichen.)

Abg. **Hartleib** (Soz.):

Der **Kapp-Putsch im Frühjahr**, der für längere Zeit eine Lahmlegung des deutschen Wirtschaftslebens zur Folge hatte, war ein Verbrechen am deutschen Volk. Auch der Elektrizitätsstreik, der dieselben Folgen zeitigte, war nichts anderes. Keinesfalls hätten Sie (zur Linken) zu diesem Verbrechen Ihr Einverständnis geben dürfen. Die Herren Deutschnationalen haben kein Recht, abfällig darüber zu urteilen, ganz gleich von welchem Gesichtspunkte aus immer. Geschah es aus egoistischen Motiven, so muß die Rechte schweigen, denn ihre Vertreter sind den Arbeitern jahrelang

mit schlechtem Beispiel vorangegangen.

Geschah es dagegen aus politischen Motiven, dann mögen sie erst recht schweigen und sich der Agrarier in ihren Reihen erinnern, die mit Gegenmaßnahmen drohten und ihre wirtschaftliche Funktion als politische Waffe benutzen wollen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Die nichtablieferenden Agrarier waren es, die die hungernde Arbeiterschaft zur Verzweiflung brachten. (Sehr richtig!) Meine Partei tritt dafür ein, daß die Verordnung der Reichsregierung wieder außer Kraft gesetzt wird, und wenn uns irgend etwas darin bestärken würde, dann ist es der

Aufruf des Landbundes zum Lieferstreik.

(Hört, hört!) Der Kapp-Putsch hat bewiesen, wie notwendig ein Generalstreik sein kann zur Niederwerfung eines Rechtsputsches. (Sehr richtig!) Wir sind natürlich auch aufs schärfste gegen die Anträge der Rechten auf Erweiterung der Verordnung. (Beifall.) Wenn Sie (zur Rechten) über die Rücksichtslosigkeit eines Teiles der Arbeiterschaft sich entrüsten, dann

geben Sie Ihrer Erziehung schuld,

die zur Brutalität und zur Gewalt auffordert. (Unruhe rechts.) Der Redner wendet sich dann gegen die kommunistischen Treibereien und weist besonders auf das Verhalten der Neukommunisten im Berliner Stadtparlament hin, das bewirkt hat, daß Wermuth den Anstürmen der Rechten zum Opfer fällt. Es wäre gerade in einer sozialistischen Gemeinde doppelte Pflicht der Elektrizitätsarbeiter gewesen, sich an einen Schlichtungsausschuß im Reichsarbeitsministerium zu wenden; auch Adolf Hoffmann hat im Aufruf vom 2. Januar 1919 auf diese Pflicht gegenüber sozialistisch geführten Gemeinwesen hingewiesen. (Hört, hört!) Die Kommunisten propagieren zwar fortwährend die Verelendungstheorie und verweisen auf das bolschewistische Paradies, vermehren aber durch solche Streiks bei Verminderung der Kaufkraft des Geldes das Elend der Arbeiter und machen sich damit zu **Handlangern der Reaktion.** Keine Stadtverwaltung wird solchen Leuten die Betriebe in eigene Verwaltung übergeben; der Sozialisierungsgedanke wird dadurch unausgesetzt in der Oeffentlichkeit mißkreditiert. Wir wundern uns nicht, daß sich die Neukommunisten aus den Reihen der ehemaligen Gelben, der Streikbrecher und jener Elemente rekrutieren, die immer systematisch auf Seite der Kapitalisten gegen die Arbeiterschaft gekämpft haben. Nach eine Reihe solcher Streiks und verlorener Lohnbewegungen (Zuruf: Stuttgart!), und der Kapitalismus triumphiert. Wir treten für die Aufhebung der Verordnung ein, weil sie im gegenwärtigen Augenblick keine Existenzberechtigung hat. Die Rechte möge bei ihren Gesinnungsgenossen eintreten für den Gedanken der Interessen der Gesamtheit, und die Kommunisten mögen dem Sozialismus Ehre machen! (Sehr gut!) Unsere Aufgabe aber wird es sein,

Aufklärung in die Arbeiterschaft

hineinzutragen und sie über das wahre Wesen des Streiks als Waffe zu unterrichten, damit sie nicht als Mittel für **volksschädigende Machenschaften mißbraucht** werden kann. (Beifall.)

Abg. **Fleischer** (Zentr.): Anerkannt muß werden, daß die Mehrheitssozialisten und Unabhängigen eine Erklärung erließen, daß sie die Aufforderung zum Generalstreik nicht billigen, woraus hervorgeht, daß dieser Streik nicht als Aktion der gesamten Arbeiterschaft zu einer Herbeiführung wirtschaftlicher Besserstellung aufzufassen ist. Der Redner wendet sich dann gegen die Bestrebungen der freien Gewerkschaften, im Tarif mit dem Berliner Magistrat besondere Vergünstigungen für ihre Mitglieder durchzudrücken. Wir werden nur dann für die Aufhebung der Verordnung stimmen, wenn zugleich der Abänderungsantrag Schiffer angenommen wird, wonach diese Aufhebung erst erfolgt nach Einführung des obligatorischen Schiedsgerichtsverfahrens. (Beifall beim Zentrum.)

Abg. **Schirmer** (Bayr. Vp.) spricht im gleichen Sinne.

Abg. **Brühl** (U. Soz.): Die tiefere Ursache des Streiks liegt in der Hinausschiebung des Inkrafttretens des Gesetzes über Groß-Berlin durch die bürgerliche Mehrheit der Landesversammlung. Er entstand zweitens aus dem natürlichen Bestreben der Arbeiterschaft, für die zunehmenden Lebensbedürfnisse einen Ausgleich zu finden. Das sozialistische Gemeinwesen Berlin ist infolge des Kriegsbankerotts nicht in der Lage, allen Forderungen gerecht zu werden. Es sind nur

Schwätzer und Charlatane,

die einen neuen Streik ankündigen und mit denen wir nichts zu tun haben. Es wäre notwendig gewesen, eingehend zu prüfen, ob die Stadtgemeinde auch in der Lage war, das Geforderte durchzuführen. Alle diejenigen, die über die Elektrizitätsarbeiter herfallen, müssen überzeugt werden, daß sogar laut Sachverständigengutachten die geforderten Arbeiten jetzt doppelt so schwer als vor dem Kriege sind, denn das Kohlenmaterial ist jetzt das denkbar schlechteste. Wenn nun die Forderungen der Arbeiter von Woche zu Woche hinausgeschoben werden, dann mußte auch die Erregung in demselben Maße wachsen. Es waren von vornherein Bemühungen da, die Angelegenheit friedlich zu lösen. Wir haben die Ueberzeugung, daß es den Gegnern der Gemeinde Groß-Berlin — wie sie der Reihe nach heute hier aufmarschiert sind — eine Freude war, daß die sozialistische Gemeinde in diese Lage kam. Das schlimmste ist, daß die Streikführer nicht in der Lage waren, einen rein wirtschaftlichen Streik zu führen, sondern

wie Hypnotiseure

ihre eigenen Ideen durchsetzten. Die Technische Nothilfe ist nur eine Streikbrechergarde. Die Regierung hat nichts unternommen gegen den

Lieferstreik der Landwirte in Königsberg,

der viel gefährlicher ist, als wenn in Berlin das Gas abgesperrt ist oder die Elektrische drei Tage nicht fährt. Wenn man dem Streik gar einen Valutasturz zuschreiben will, dann erinnere ich an die Schreibweise des „Lokalanzeigers", der vor einigen Wochen Berlin als vollständig bankerott hingestellt hat. (Hört, hört!) Bedauerlich wäre es, wenn der Oberbürgermeister auf dem Vorhaben seines Rücktritts bestehen würde und er als einziges Opfer des Streiks auf der Strecke bleiben sollte. Nicht nur die Berliner Bürgerschaft steht hinter ihm, sondern auch die Betriebsräte der Berliner Werke erklären, daß er seine Pflicht getan habe und daß sie ihm ihr Vertrauen aussprechen. Unsere Sache wird es sein, dafür zu sorgen, daß die

Arbeiter nicht weiter einem Phantom nachgehen,

sie müssen geführt werden von mutigen, bewußten Männern, die beseelt sind vom wahren Sozialismus, um die Bannerträger einer neuen Zukunft zu sein. (Beifall.)

Nachdem noch Abg. **Ziegler** (Dem.) gesprochen hatte — erst Schlichtungsordnung, dann Aufhebung der Verordnung! — wurde die Weiterberatung auf Sonnabend 11 Uhr vertagt. — Schluß 7 Uhr.

• • •

Die Abstimmung über die Anträge, die zur Interpellation über den Elektrikerstreik gestellt sind, erfolgt am Dienstag. Die Unabhängigen haben glatte Aufhebung der Verordnung beantragt, ein Antrag, der keine Aussicht auf Annahme hat. Es wäre schon viel erreicht, wenn der sozialdemokratische Antrag angenommen würde, der den Erlaß der Verordnung zwar billigt, aber den Wunsch nach ihrer Aufhebung ausspricht, da die Voraussetzungen für ihre Aufrechterhaltung jetzt nicht mehr bestünden. Nach dem Verlauf der gestrigen Debatte scheinen die bürgerlichen Parteien auch nicht einmal dazu geneigt, diese Brücke zu betreten.

Gewerkschaftsbewegung

Eine Novelle zum Berggesetz.

Die P.P.N. melden: Die Abschaffung der Sicherheitsmänner und die neue Regelung der Arbeitnehmervertretung im preußischen Bergbau bezweckt der Entwurf einer Novelle zum Preußischen Allgemeinen Berggesetz, der der Preußischen Landesversammlung auf Anregung ihres Hauptausschusses vom Handelsministerium dieser Tage vorgelegt wurde. Die Sicherheitsmänner sind Vertrauensleute der Belegschaften, die das Recht haben, sich an der Ueberwachung der Betriebssicherheit der unterirdisch betriebenen Bergwerke zu beteiligen, Kontrollbefahrungen vorzunehmen und an Unfalluntersuchungen der Revierbeamten teilzunehmen. Sie sind nunmehr durch das Betriebsrätegesetz überflüssig geworden, da dieses Gesetz den Betriebsrätevertretungen die Beteiligung an der Bekämpfung der Unfall- und Gesundheitsgefahren im Betriebe ganz allgemein zur Aufgabe gemacht hat, daß das Nebeneinanderbestehen zweier konkurrierender Kontrollorgane vermieden werden muß.

Der Beirat des Verbandes der Fabrikarbeiter

tagte am 16. und 17. November in Hannover. Brey erstattete den Bericht. Daraus ist zu entnehmen, daß infolge der Beitragserhöhung die Mitgliederzahl nicht zurückgegangen ist und daß im zweiten Quartal dieses Jahres eine Million Mark an Streikgeldern ausgegeben wurde. Von den dem Beirat vom letzten Verbandstag zur Entscheidung überwiesenen Anträgen wurde der auf die Herausgabe eines besonderen Organs für die chemische Industrie abgelehnt. Beschlossen wurde, in Berlin ein ständiges Bureau zu errichten zur Sammlung, Bearbeitung und Verbreitung von Material für die Vertreter des Verbandes in den verschiedenen Wirtschaftskörpern und sonstigen Körperschaften. Außerdem stimmte der Beirat einem Antrage zu, die Anmeldefrist für Lohnbewegungen auf zwei Wochen herabzusetzen. Dagegen wurde ein Antrag Frankfurt-Main abgelehnt, der verlangt, „die Genehmigung eines Angriffs- oder Abwehrstreiks durch die Gauleitung ersetzt die Einverständniserklärung des Hauptvorstandes". Ein Antrag, die Abstimmung bei Arbeitseinstellungen abhängig zu machen von einer Zweidrittel- statt bisher einer Dreiviertelmajorität, wird abgelehnt. Beschlossen wird, dem Streikreglement einen § 4a einzufügen, der besagt, daß bei Tarifstreitigkeiten oder sonstigen Differenzen die tariflichen Schiedsinstanzen anzurufen sind. Im übrigen soll die Regelung von Differenzen durch Verhandlungen angestrebt und nötigenfalls die behördlichen Schlichtungsausschüsse in Anspruch genommen werden. Der Beirat stimmte ferner dem Entwurf Thiemig-Hannover über den inneren Aufbau der Verbandes zu. Einverstanden erklärte sich der Beirat mit der finanziellen Beteiligung von Zahlstellen an dem „Verband sozialer Baubetriebe". Mit allen gegen zwei Stimmen wird folgende Entschließung angenommen:

„Der Beirat des Verbandes der Fabrikarbeiter empfiehlt dem Hauptvorstand den Anschluß an die am 25. Oktober zu Amsterdam neuerrichtete Internationale der Fabrikarbeiter zu vollziehen und lehnt die Bestrebungen nach einem Anschluß an die entstehende kommunistische Internationale als die Organisation schädigend ab."

Schiedsspruch im Chemischen und Mineralöl-Großhandel. Auf Ansuchen der Arbeitnehmer fand Donnerstag eine Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuß Groß-Berlin statt. Nach längerer Beratung machte der Schlichtungsausschuß unter Vorsitz des Herrn Regierungsassessor Dr. Krebs einen Einigungsvorschlag, welcher zu den bereits gemachten Zugeständnissen der Arbeitgeber eine sehr mäßige Lohnerhöhung vorsah. Trotzdem lehnten die Arbeitgeber diesen Einigungsvorschlag ab. Darauf wurde dieser Einigungsvorschlag als Schiedsspruch verkündet. Die Parteien haben sich innerhalb 8 Tage zu erklären.

Die Arbeitnehmer treffen sich am Montag 7 Uhr in Willes Festsälen, Sebastianstr. 39, um sich über die Annahme oder Ablehnung des Schiedsspruches zu entscheiden.

Gegen den Verkauf des Charlottenburger Volkshauses an die Konsumgenossenschaft protestierte in ihrer letzten Sitzung die Charlottenburger Gewerkschaftskommission. Sie fordert, daß der erzielte Ueberschuß nicht unter die Parteien und Gewerkschaften verteilt, sondern als Grundstock für ein neues Volkshaus angelegt wird. Die Konsumgenossenschaft übernimmt das Haus am 1. April und richtet seine Räume zu Warenlagern und Verkaufsräumen ein.

Buchdrucker! Die Vertrauensleute derjenigen Buchdruckereien bzw. Abteilungen, in denen berechnet wird, werden ersucht, Sonntag vormittag 10 Uhr im Klubhaus, Ohmstraße, zu erscheinen.

Wetteraussichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonntag mittag. Trocken, zeitweise heiter, ziemlich kalt, nachts Frost und teilweise nebelig bei mäßigen südöstlichen Winden.

Aus der Partei.

Lauffenbergs Geschichte.

In einer Versammlung der Landesorganisation der Sozialdemokratie Hamburgs fand Donnerstag abend ein Roman seinen Abschluß, der verdient, über die Grenzen Hamburgs hinaus bekannt zu werden. Lauffenberg, der Nationalbolschewist und Führer des Bundes der Kommunisten, war vor vielen Jahren von der Sozialdemokratie Hamburgs beauftragt worden, eine Geschichte der Hamburger Arbeiterbewegung bis zum Fall des Sozialistengesetzes zu schreiben. Von dieser Geschichte ist ein Band erschienen, dann ist es aber dabei geblieben, da Lauffenberg bekanntlich verschiedenes andere zu tun hatte. Nichtsdestoweniger ließ sich Lauffenberg den ganzen Krieg hindurch ein Monatsgehalt von 600 Mark für seine Arbeit auszahlen und wußte, wenn der Landesvorstand sich einmal nach dem Fortgang der Arbeit erkundigte, immer einen anderen Grund, mit dem er die Sache hinauszögerte. Als diese Geschichte die Partei bis zur Revolution zirka 40 000 M. gekostet hatte, ohne daß man von dem weiteren Fortgang der Arbeit etwas erfahren hatte, wurde immer wieder versucht, von Lauffenberg etwas herauszubekommen, denn als Nationalbolschewist hatte er auch im Jahre 1919 sehr viel anderes zu tun, als sich um die Geschichte der Sozialdemokratie zu bekümmern. Er verstand es aber andererseits ausgezeichnet, einige Teuerungszulagen durchzusetzen und außerdem für eine Schreibhilfe, die er angeblich benötigte, noch weitere 250 M. monatlich zu verlangen. Als der Landesvorstand ihn eines Tages, allerdings angemeldet, aufsuchte, war Lauffenberg wirklich bei der Arbeit und diktierte. Einen Teil des Bandes lieferte er denn auch glücklich ab. Als aber das Jahr 1920 auch langsam der Neige zuging, drängten die Parteigenossen doch danach, endlich einmal zu erfahren, was denn aus der Geschichte würde, zumal Lauffenberg seit der Revolution weitere 18 000 M. sich hatte zahlen lassen. Als am 1. Juli 1920 der Parteivorstand kurzerhand weitere Zahlungen sperrte und ein Ultimatum stellte, Lauffenberg solle nun endlich erklären, wann er das Werk zu liefern gedenke, schrieb dieser ganz vergnügt, daß er diese einseitige Lösung des Vertrages akzeptiere. Man erwog nun hin und her, ob man irgend etwas unternehmen solle, um wenigstens die Arbeit sicherzustellen, aber da der vorbildliche Kommunist sich auf das Urheberrecht berief und ein schriftlicher Vertrag nicht vorlag, weil man ihm seinerzeit die Arbeit auf Treu und Glauben übertragen hatte, mußte man die Sache auf sich beruhen lassen.

Der Bericht des Vorstandes wurde in der Delegiertenversammlung natürlich von den Delegierten mit großer Bewegung, Zurufen und Heiterkeit aufgenommen. Es wurde selbstverständlich beschlossen, Lauffenberg keinen Pfennig mehr zu zahlen.

Deutsche Kinder frieren!
Bedrückt Dich nicht Dein warmes Heim?
Postscheckkonto Kinderhilfe 89900

Sozialdemokratischer Frauentag in Hessen.

Am letzten Sonntag tagte in Darmstadt die erste Konferenz der sozialdemokratischen Frauen Hessens. Im Vordergrund stand ein Referat der Genossin Quarck-Frankfurt, die sich zur Aufgabe stellte, die Notwendigkeit der Mitarbeit der sozialdemokratischen Frauen auf dem Gebiete der Wohlfahrtseinrichtungen näher hervorzuheben. Ein zweites Referat hielt die Genossin Ryneck-Berlin über „Die politische Betätigung der Frau im Volksstaate". Unsere Genossin verstand es, den Anwesenden all die Voraussetzungen und Notwendigkeiten zu zergliedern, die von der Proletarierfrau in politischer Beziehung verlangt werden müssen.

Bezirkskonferenz für Halle-Merseburg.

Die Bezirkskonferenz für den Kreis Halle-Merseburg, die am Sonntag stattfand, stellte die Liste der Kandidaten zur Landtagswahl auf. Nachdem Genosse Garbe, der bisherige Vertreter des Wahlkreises, eine Wiederaufstellung abgelehnt hatte, wurden 10 Genossen und eine Genossin als Kandidaten bestimmt. An der Spitze der Liste stehen Genosse Universitätsprofessor Waentig und unser Bezirkssekretär Drescher. Der Bezirkstag verlief in bester Stimmung. Aus allen Berichten erkannte man, daß in diesem Bezirk, in dem die Kommunisten den schärfsten Terrorismus auszuüben gewohnt waren, unsere Partei sichtbar fortschreitet, an Mitgliedern und Selbstvertrauen in erfreulicher Weise zunimmt. Die Partei tritt auch in diesem Bezirk mit bester Zuversicht in den Wahlkampf.

Die neue preußische Verfassung, erläutert von Paul Hirsch, erscheint in aller Kürze bei der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW., Lindenstr. 3, zum Preise von 2,50 M.

Wirtschaft

Ein Geschenk an den Lederhandel.

Zu der vom Verband Deutscher Ledergroßhändler (Geschäftsführer Reichstagsabgeordneter Dr. Hugo, Mitglied der Deutschen Volkspartei) uns übermittelten, in Nr. 564 veröffentlichten Berichtigung erfahren wir noch folgendes:

Es ist unzutreffend, daß die Konjunkturgewinnabgabe in Höhe von 60 Proz. vom Lederhandel an das Reich abgeführt wird, da dem Lederhandel die Konzession gemacht wurde, daß er sich denjenigen Zuschlag, den er während der Kriegswirtschaft nehmen konnte, von der Konjunkturabgabe abziehen darf. Der bei der Reichslederstelle bestehende Härteausschuß hat einen Beschluß zugunsten des Lederhandels in dieser Angelegenheit nicht gefaßt, der Härteausschuß hat vielmehr diese Angelegenheit von der Tagesordnung abgesetzt und dem Vertreter des Lederhandels aufgegeben, zu versuchen, ob er sich mit der Reichslederstelle einigen könne. Diese Einigung kam jedoch nicht zustande, weil die Reichslederstelle, wie sich aus den Veröffentlichungen in der Fachpresse ergibt, den Antrag des Lederhandels als unberechtigt ablehnte. Dieser wandte sich nunmehr an das Reichswirtschaftsministerium und setzte dort durch, daß ihm der Abzug des während der Kriegswirtschaft zulässig gewesenen Handelszuschlags gestattet wurde. Der Härteausschuß hat sonach eine Klarstellung in dieser Frage, wie die Zuschrift des Verbandes Deutscher Ledergroßhändler behauptet, nicht herbeigeführt.

Von der in der Zuschrift des Verbandes Deutscher Ledergroßhändler erwähnten, für sofortige statt in Raten zu leistende Zahlung war in unserem Artikel in Nr. 587 überhaupt nicht gesprochen worden. Offenbar ist der fragliche Passus nur deswegen in die Zuschrift hineingebracht worden, um die Aufmerksamkeit der Oeffentlichkeit von unserer nicht widerlegten Meldung abzulenken, daß der Lederhandel es verstanden habe, die für Reparaturzwecke für die ärmere Bevölkerung in Aussicht genommenen Sohledermengen seinen eigenen Profitzwecken nutzbar zu machen.

Ein Automobiltrust in Deutschösterreich. Die österreichische Daimlermotorengesellschaft beruft nach einem Drahtbericht aus Wien eine Generalversammlung ein, in der eine Kapitalserhöhung von 40 auf 120 Mill. Kr. beschlossen werden soll. Außerdem verlangt die Verwaltung die Ermächtigung zum Abschluß einer Fusion oder einer Interessengemeinschaft mit den österreichischen Fiat-Werken und mit den Puch-Werken in Graz. Ob es zur Fusion oder zum Abschluß einer Interessengemeinschaft kommt, wird vor allem von der Regelung der Steuerfragen abhängen. Ein Teil der Kapitalserhöhung, vermutlich 30 Mill., dürfte zunächst zur Deckung der Betriebsmittel begeben werden, der Rest zum Tausch gegen Fiat- und Puch-Aktien verwendet werden. Der Zweck der Transaktion ist eine Spezialisierung der Erzeugung. Damit wird der größte Teil der deutschösterreichischen Automobilindustrie zu einem auf dem Weltmarkt leistungsfähigen Gebilde zusammengefaßt.

Verantw. für den redakt. Teil: Dr. Werner Peiser, Charlottenburg; für Anzeigen: Th. Glocke, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H. Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3. Hierzu 1 Beilage.

Laxin-Konfekt
regelt den Stuhlgang
bei Erwachsenen und Kindern.
Ärztlich empfohlen!

Pelikan-Apotheke
BERLIN W LEIPZIGERSTR. 93

Filialen in allen Stadtteilen: Steinmetzstr. 114, Hermannstr. 142 und 5, Weisestr. 35, Herrfurtstr. 9, Boddinstr. 42, Kirchhofstr. 42,

Wer jetzt kauft, kauft noch billig!!!!

Prima, Prima Gänse à Pfd. 12,00 und 12,50
Alle Sorten Gemüs konserven
ff. Wurstfabrikate billigst. Malzextrakt frei
Kartoffeln à Pfd. 40 Pfg.

Allerfeinste Margarine	Pfd. 14,—	Kokosfett	Pfd. 17,—
Bratmargarine	„ 11,50	Kaffee	Pfd. 30,-, 32,-, 34,-
Reines Schmalz	„ 21,—	Malzkaffee	Pfd. 6.—
Kunst-Schmalz	„ 19,—	Gerste, gebr.	Pfd. 5.80

Unsere Spezialität: Harzer- und Spitzkäse Pfd. 7,50

Neuköllner Grosshandels Gesellschaft m. b. H.

Britz, Hannemannstraße, Mainzerstr. 45, Donaustr. 131, Pflügerstr. 7, Jansastr. 4, Knesebeckstr. 24, Nogatstraße 45.